

ETATREDE 2025/26

**SICHERHEIT GEBEN
IN STÜRMISCHEN
ZEITEN**

MANNHEIM²

**Oberbürgermeister
Christian Specht**



Inhalt

1. Haushaltsplanung in finanzpolitisch stürmischen Zeiten	2
2. Kurs definieren	12
3. Koordinaten für das Ziel Sicherheit geben	15
4. Schwerpunkte unserer Investitionen	17
4.1. Bildung	17
4.2. Infrastruktur	18
4.3. Umwelt- und Klimaschutz.....	19
5. Starke Wirtschaft und eine attraktive und sichere Stadt.....	24
5.1. Wirtschaft und Unternehmen	24
5.2. Innenstadt	25
5.3. N1 / N2.....	27
5.4. Sicherheit und Sauberkeit	29
5.5. Tourismus und Marketing.....	30
6. Einsatz für Familien, Ehrenamt und gesellschaftlichen Zusammenhalt	32
6.1. Kinder und Jugend	32
6.2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Antisemitismusprävention	34
6.3. Ehrenamtliches Engagement und Stadtteilorientierung	35
6.4. Alternde Gesellschaft.....	36
7. Wohnen, Freizeit und Sport ermöglichen	37
7.1. Wohnraum schaffen	37
7.2. Konversion und BUGA-Nachnutzung.....	39
7.3. Carl-Benz-Stadion.....	41
7.4. Grundsteuerreform.....	41
8. Eine leistungsfähige und innovative Verwaltung.....	42
8.1. Digitalisierung	42
8.2. Personalgewinnung.....	43
8.3. Internationales	44
9. Abschluss und Dank	44

1. Haushaltsplanung in finanzpolitisch stürmischen Zeiten

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,
sehr geehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir bringen diesen Doppelhaushalt in herausfordernden Zeiten ein. Die konjunkturellen Prognosen haben sich deutlich eingetrübt. Aus den Unternehmen hören wir bundesweit besorgniserregende Nachrichten. Und was uns als Industriestandort besonders beunruhigen muss: Die Entwicklungen treffen den Kern der deutschen Wirtschaft und damit die Garanten unseres Wohlstands – die Automobilbranche, die Chemiebranche, den Maschinenbau.

Wir spüren dies auch in Mannheim sehr konkret bei der Entwicklung der Gewerbesteuer. Nach dem derzeitigen Stand bleibt die Gewerbesteuer im Jahr 2024 22 Mio. € unter den Planungen.

Daher ist dies kein gewöhnlicher Haushalt und auch keine gewöhnliche Etatrede. Es geht bei diesem Haushalt im Kern um die Frage, wie wir bei zurückgehenden Erträgen und steigenden Aufwendungen und Auszahlungen, also in finanzpolitisch stürmischen Zeiten, unseren Bürgerinnen und Bürgern, unseren Unternehmen und unseren Institutionen Sicherheit und Perspektive geben können. Dies ist der Anspruch, der sich mit diesem Haushalt verbindet.

Unsere finanzielle Ausgangslage hat sich erheblich verschlechtert und ich möchte hierbei auf fünf wesentliche Punkte eingehen.



Abbildung 1: Gründe für die Veränderung der Finanzlage

Quelle: Eigene Darstellung

I. Die finanziellen Rahmenbedingungen verschlechtern sich.

Wie die nachfolgende Darstellung zeigt, haben wir - mit Ausnahme von 2015 - seit 2012 zum Teil deutliche Überschüsse erzielt.

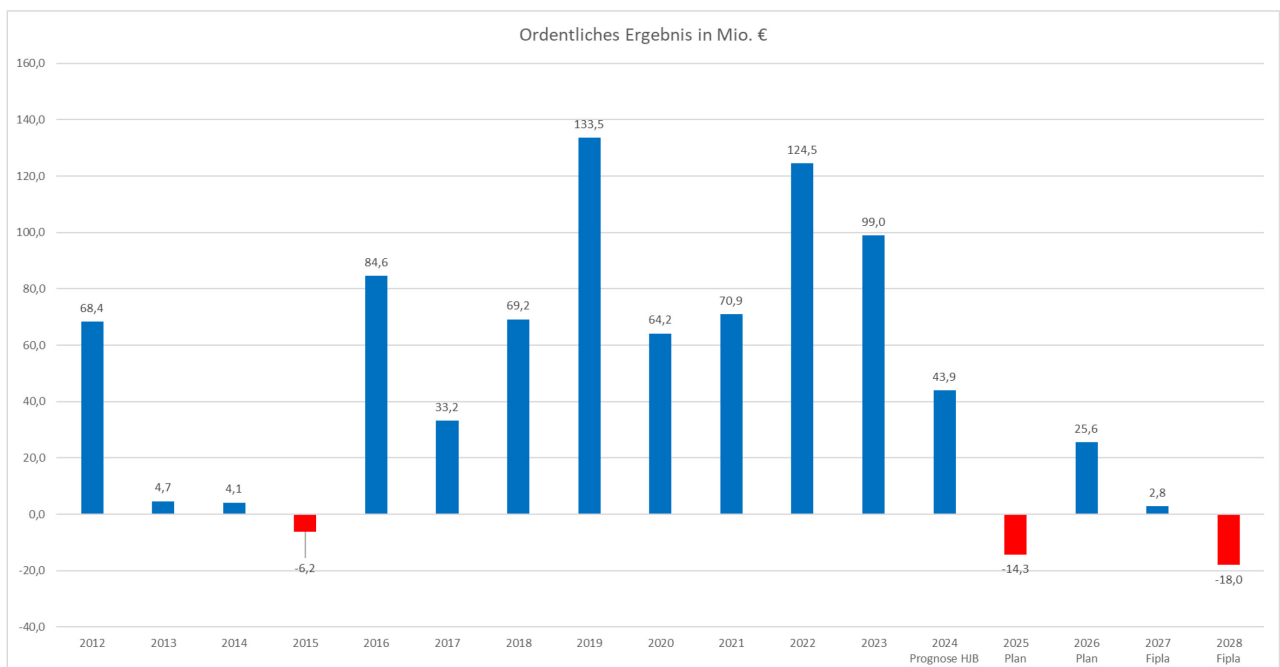


Abbildung 2: Ordentliches Ergebnis in Mio. €

Quelle: Eigene Darstellung

Wir sehen, dass wir in den vergangenen Jahren sehr hohe Überschüsse erzielt haben, die wir in den kommenden vier Jahren nicht erzielen werden. Dies ist durch verschiedene Kostensteigerungen verursacht, u.a. beim Personal- und Sozialaufwand.

Bereits die aktuelle Tarifvereinbarung, die noch bis Ende dieses Jahres gilt, hat zu einer Mehrbelastung von 36,6 Mio. € in 2023/2024 für Kernhaushalt und Eigenbetriebe geführt. Aktuell planen wir mit einer weiteren Tarifsteigerung von 2,8 % ab 2025. Bei geplanten **Personalaufwendungen** von über 440 Mio. € (2025, Kernhaushalt) macht dies mindestens rd. 12 Mio. € p.a. bzw. im Finanzplanungszeitraum (2025-2028) fast 50 Mio. € aus.

Die **Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen** bleiben auf konstant hohem Niveau:

In Mio. €	2025	2026	2027	2028	Summe
Sozial-Transferaufwand /-ertrag	-3,3	-3,1	-5,7	-8,5	-20,7
Betreuungsangebote Schulen, Kindertagespflege, Jugendhilfe HzE	-8,2	-8,2	-10,7	-13,5	-40,6
Summe	-11,5	-11,3	-16,4	-22	-61,3

Abbildung 3: Veränderung Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen

Quelle: Eigene Darstellung

Auch andere Faktoren (z.B. Inflation, Konjunktur, Verknappung von Angebot/Nachfrage, Folgen des Ukraine-Kriegs) haben zu wesentlichen Kostensteigerungen geführt. Demgegenüber stehen **wesentlich geringere Einnahmesteigerungen**. Die konjunkturellen Auswirkungen spüren wir auch bei einer wesentlichen Einnahmequelle, der Gewerbesteuer. Wir gehen derzeit davon aus, dass wir im Jahr 2024 den angenommenen Haushaltsansatz nicht erreichen werden. Nach dem aktuellen Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ist von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 2024 um 0,1 Prozent auszugehen. Das BIP würde demnach das zweite Jahr in Folge schrumpfen. Die Erreichung der eingeplanten Gewerbesteueransätze 2025 ff. ist abhängig von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und somit mit Risiken versehen.

Weitere finanzielle Risiken resultieren aus **Entscheidungen übergeordneter staatlicher Ebenen**, die im wahrsten Sinne des Wortes zu Lasten der Kommune gehen. Beispiele hierfür sind das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, die Kostensteigerung bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen durch den

Abschluss eines ungenügenden Rahmenvertrags und die Rückkehr zu G9 an den Schulen.

Alleine die vereinfachten Einbürgerungen führen in Mannheim zu einem Anstieg von bisher 1.600 Anträgen auf Einbürgerung auf 3.500 Anträge pro Jahr. Dieses deutliche Mehr an Anträgen in der Ausländerbehörde trifft auf bereits hoch belastete Mitarbeitende und führt zu höheren Personalausgaben.

Diese Entwicklungen sind dafür verantwortlich, dass die Überschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht ausreichend sind für die hohen Investitionsbedarfe. **Nach den Planungen stehen 27,6 Mio. € in 2025; 68,0 Mio. € in 2026, 45,3 Mio. € in 2027, 24,5 Mio. € in 2028 zur Verfügung.**

Im Haushaltsplan 2024 sind wir von Überschüssen im Zeitraum 2025-2027 von 272,4 Mio. € ausgegangen, auf Basis der aktuellen Prognosen für den Doppelhaushalt stehen bis 2027 **131,5 Mio. € weniger zur Verfügung.**

Erschwerend kommt hinzu, dass die städtischen Beschäftigten in vielen Bereichen schon heute an der Belastungsgrenze sind. Neue Aufgabenfelder, verschärfte gesellschaftliche Problemlagen, oftmalige Änderungen bei Gesetzen und der Regulatorik, von Bund und Land vorgegebene Standarderhöhungen und der demographische Wandel verschärfen dieses Problem. **Teile der aus dem vergangenen Projekt „Strategische Haushaltskonsolidierung Mannheim“ (SHM²) nicht mit Maßnahmen realisierten Einsparbeträge sind pauschal auf die Dezernate umgelegt worden und erzwingen eine erhöhte Kostendisziplin. Weitere wesentliche Einsparungen im Ergebnishaushalt sind daher nicht kurzerhand zu erbringen.** Trotzdem wird die Stadtverwaltung verstärkt und mit Nachdruck neue und weitere Kosteneinsparungen anstreben. Dazu zählt insbesondere eine optimierte Flächennutzung in allen Bereichen der Stadtverwaltung, eine stringente Prozessoptimierung und Aufgabenkritik sowie die konsequente Nutzung der Digitalisierungspotentiale.

II. Die Kosten steigen bei laufenden Investitionen.

Unsere Bauprojekte werden im Projektverlauf regelmäßig deutlich teurer, als ursprünglich geplant. Hierzu ein aktuelles Beispiel: Im Dezember 2020 beschloss der Gemeinderat die Durchführung der Neubaumaßnahme Kombibad Herzogenried und stellte Mittel in Höhe von knapp 50 Mio. € zur Verfügung (V651/2020). Vier Jahre später, im Juli 2024, wurde eine Maßnahmenenerhöhung um fast 15 Mio. € erforderlich

(V107/2024). Die Gesamtkosten des Bades werden sich nun auf fast 65 Mio. € belaufen. Ursächlich hierfür sind neben gestiegenen Baukosten auch die zusätzlichen Wünsche und Anforderungen, die sich im Laufe von Projekten regelmäßig ergeben.

Auch bei der BBC-Brücke gab es erhebliche Kostensteigerungen. Während in der Vorplanung die Maßnahmekosten noch mit 20/21 Mio. € beziffert wurden (V411/2022 - 13.10.2022/AUT, V276/2023 - 23.05.2023/AUT) wurde im Februar 2024 eine Maßnahmenenerweiterung und -erhöhung auf 33 Mio. € eingebracht (V048/2024 (22.02.2024/BAT)). Ursächlich hierfür sind neben Baupreissteigerungen auch zusätzliche Leistungen für Gutachten, Ingenieure, Altlasten/Kampfmittelfunde oder besondere Kostensteigerungen, die sich etwa durch die Riedbahnsanierung ergeben haben.

Auch die Sanierung der Sporthalle und der Sportaußenfläche der IGMH wurde aufgrund von Kostensteigerungen teurer. Aufgrund der Kostenschätzung wurden 21,9 Mio. € bewilligt (V446/2021, GR 14.12.2021). Heute liegt Ihnen die Maßnahmenenerhöhung um 3,6 Mio. € auf 25,5 Mio. € vor (V232/2024). Hauptgrund für die Mehrbedarfe ist die allgemeine Kostensteigerung, diese war zum Zeitpunkt der Planung (2020) in der Größenordnung nicht vorhersehbar.

Kostensteigerungen durch Inflation, Lieferengpässe und Fachkräftemangel treffen nicht nur unsere Bauprojekte. Im Rahmen der Fortschreibung der investiven Förderung zum Neubau und Erhalt von Kindertageseinrichtungen (V688/2023, Beschluss GR 12.12.2023) haben wir vor dem Hintergrund der gestiegenen Baukosten und im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten eine Anpassung der investiven Förderung von Neubau- und Erhaltungsmaßnahmen an Kindertageseinrichtungen um 38% zum 01.01.2024 vorgenommen, um den dringend erforderlichen Ausbau und Erhalt an Kinderbetreuungsplätzen in Kooperation mit den freien KiTa-Trägern zu ermöglichen.

Wir spüren die konjunkturellen Veränderungen und Kostensteigerungen auch bei Projekten Dritter, wie bspw. den gestoppten Planungen zum Collini-Center, der Projektentwicklung auf der Schafweide und bei der FRANKLIN-Entwicklung. Alleine der Rücktritt des Investors beim Collini-Center führt zu Mindereinnahmen von 18 Mio. €.

III. Es wurden zu viele Projekte gleichzeitig angeschoben.

Der Fachkräftemangel trifft alle – Handwerker, Ingenieure und uns. Daraus ergeben sich Auswirkungen auf Preise (Angebot und Nachfrage) und Bauzeitenpläne, die sich finanziell in höheren Baukosten widerspiegeln.

Zudem haben wir viel mehr Projekte in der Pipeline, als wir überhaupt finanziell abbilden können. Dies ist nicht immer nur dem Investitionsrückstau geschuldet. Auch hierzu ein aktuelles Beispiel: Im Juli 2023 beschloss der Gemeinderat, die Einrichtung des Zentrums für Umwelt, Freizeit und Spiel sowie des Jugendkulturzentrums forum in der U-Halle anzustreben, ohne jedoch die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Die Vorlage ging von Gesamtprojektkosten in Höhe von 11 Mio. € aus. Auf meine Anforderung hat die Verwaltung diese Kostenannahme nun verifiziert und kommt auf einen Betrag von deutlich über 20 Mio. €. Ein weiteres Beispiel ist die Sanierung der Multihalle: Die ursprünglichen Gesamtkosten (inkl. Förderung) beliefen sich 2018 auf 14,2 Mio. €. Nach aktuellen Kostenschätzungen läge der Endausbau mittlerweile bei rund 50 Mio. €.

Für unsere vorhandene Infrastruktur brauchen wir Lösungen, dennoch müssen wir auch unsere Möglichkeiten berücksichtigen. Unsere Bäderkonzeption sieht nach dem Neubau Kombibad Herzogenried grundsätzlich noch die Sanierung des Herschelbads und den Neubau Kombibad Nord (inkl. Freibadsanierung) am Standort Carl-Benz-Bad vor. Mit Inbetriebnahme des neuen Kombibades werden wir auch einen höheren Personaleinsatz haben und signifikant höhere Betriebskosten, die trotz Steigerung der Einnahmen nicht gedeckt sind. Bei allen Projekten sind daher nicht nur die Baukosten, sondern auch die Folgekosten zu berücksichtigen.

Die Aufstellung der Investitionsplanung war daher ein besonderer Kraftakt, auf den ich später noch ausführlicher eingehe.

Die nachfolgende Auflistung zeigt – stellvertretend für den gesamten Investitionshaushalt – die genannten Problematiken anhand von Beispielen auf:

Nr.	Maßnahme	1. Kostenschätzung	Aktuelle Kostenschätzung	Mehrbedarf	bereits finanziert (bis 2028)	noch zu finanzieren
0	Generalsanierung NTM und Außenanlagen					
1	Spielhaus	247,1	287,0 + X	40 + X	247,1	40 + X
2	Interimsspielstätten	14,5	29,4	14,9	14,5	14,9
3	OPAL	17,4	25,4	8,0	23,7	1,7
4	Neubau Zentrallager	27,6	38,8	11,2	27,6	11,2
	Probezentrum Neckarau	12,4	13,3	0,9	12,4	0,9
5	Goetheplatz	-	10,5	10,5	0,3	10,1
		319,0	404,4	85,4	325,6	78,8
6	Kombibad Herzogenried	31,5	64,6	33,1	64,6	-
7	IGMH Sporthalle	21,9	25,5	3,6	25,5	-
8	Multihalle	14,2	49,1	34,9	31,6	17,5
9	BBC Brücke	20,0	33,0	13,0	32,0	1,0
10	Sanierung Konrad-Adenauer-Brückenkopf	3,2	9,5	6,3	9,5	-
11	Friedrich-Ebert-Schule	15,3	25,3	10,0	25,3	-
12	Neubau Kindergarten Sandhofen	4,4	7,2	2,8	7,2	-
13	Grüner Betriebs Hof Spinelli (Finanzierung über Miete)	68,2	73,5	5,3		73,5
14	Stadtpark "Neue Parkmitte" und Bedarfe/Verluste lfd. Betrieb für 4 Jahre		38,9	38,9		38,9
15	Innovationszentrum Greentech (Finanzierung über MKB/ mg - Betriebskostenzuschuss)	14,1	21,1	7,0	0,3	13,4
16	Neubau Stadtbibliothek	33,1	75,4	42,3	5,9	69,5
17	Langfristige Nutzung der U-Halle (ZUFS, Jugendkulturzentrum)	11,9	25,3	13,4	-	25,3
18	Berufsschulen Neckarufer	287,5	302,0	14,5	0,7	301,4
19	Herschelbad	54,5	57,2	2,7	-	57,2
20	Pestalozzi-Schule	52,0	52,0	-	35,8	16,2
		950,8	1.264,0	313,2	563,9	692,6

Abbildung 4: Beispiele für Kostensteigerungen aktueller Projekte in Mio. €

Quelle: Eigene Darstellung

Bei diesen Projekten haben sich die Kosten im Zeitverlauf um über 30% und über 300 Mio. € verteuert. Ursächlich sind Kostensteigerungen oder weitere Bedarfe, die in der ursprünglichen Planung nicht berücksichtigt waren (z.B. Umgestaltung Goetheplatz). Die gestiegenen Baukosten können sich auch in erhöhten Mieten respektive Betriebskostenzuschüssen widerspiegeln. Hinzu kommen Großprojekte, die im Haushaltsplan 2025/26 noch nicht oder nicht vollständig finanziert sind und somit Vorbelastungen künftiger Haushaltsplanungen darstellen.

IV. Die (Liquiditäts-)Reserven wurden aufgebraucht.

Die Veränderung der finanziellen Rahmenbedingungen – höhere Kosten, geringe Ertragsverbesserungen – wirkt sich auch auf die Liquiditätslage aus. Während wir bei

der Haushaltsplanung 2024 von einer Liquidität von 73,1 Mio. € zum 31.12.2024 ausgegangen sind, rechnen wir derzeit mit einem Endbestand von 47,9 Mio. € (**Veränderung -25,2 Mio. €**).

In den Verschlechterungen des Ergebnishaushaltes (Eigenfinanzierungsmittel -131,5 Mio. € im Vergleich zur Planaufstellung 2024, siehe Ziffer I.) ist auch die Patronatserklärung für das UKMA i.H.v. 39,6 Mio. € in 2025 berücksichtigt. Zum Jahresende 2025 liegt die Liquidität nur noch bei 5,2 Mio. € und damit deutlich unter der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestliquidität von 29,7 Mio. € für dieses Jahr.

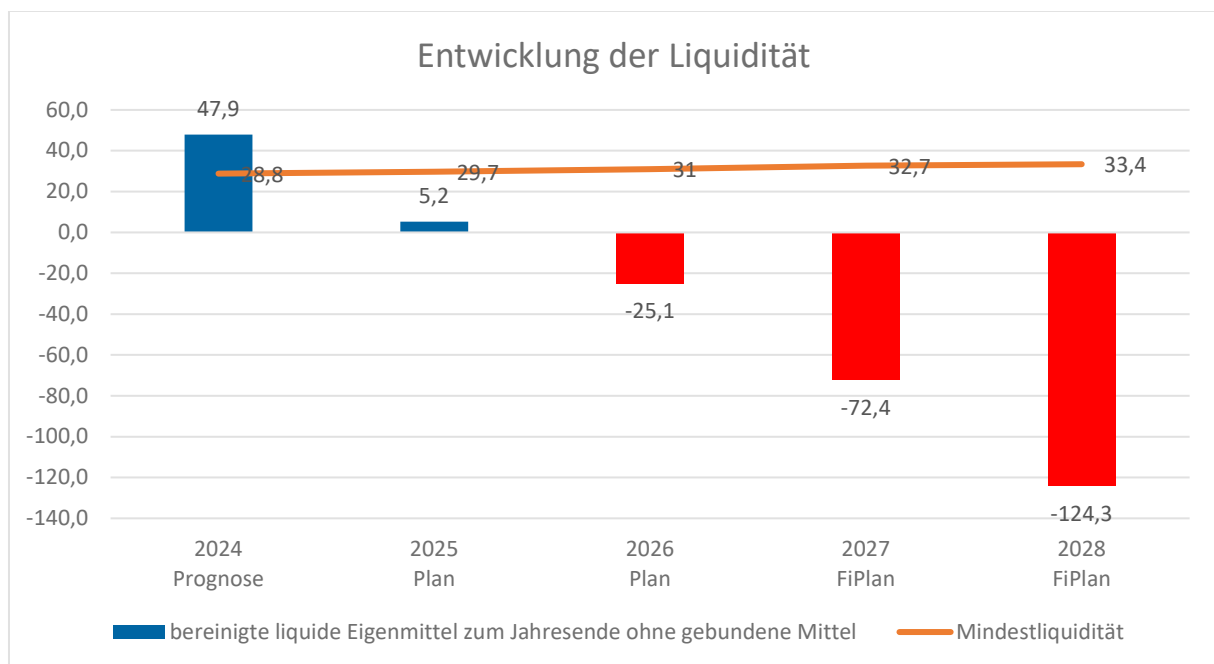


Abbildung 5: Entwicklung der Liquidität

Quelle: Eigene Darstellung

Selbst diese geringe Liquidität konnte nur erreicht werden, indem wir neben der Anpassung des Investitionsprogramms in der Liquiditätsplanung in 2025 die Inanspruchnahme sowohl der vollen Kreditermächtigung von 2025, als auch die Inanspruchnahme der voraussichtlich vollständig übertragenen Kreditermächtigung aus 2024 eingeplant haben.

Damit haben wir unsere letzte Liquiditätsreserve eingesetzt und unser Schuldenstand (inklusive kreditähnlicher Rechtsgeschäfte) wird sich in 2025 entsprechend von 521,5 Mio. € (Prognose Stand 31.12.2024) auf 558,3 Mio. € erhöhen. Da es sich um die Aufnahme bereits genehmigter Kredite handelt, halten wir dennoch das in der Hauptsatzung verankerte Netto neuverschuldungsverbot ein.

Ab 2026 ist die Liquidität komplett aufgebraucht und liegt zum Jahresende 2026 bei -25,1 Mio. €, zum Jahresende 2027 bei -72,4 Mio. € und zum Jahresende 2028 bei -124,3 Mio. €. Wir werden somit spätestens ab 2026 auf Kassenkredite angewiesen sein, um zahlungsfähig zu bleiben.

Wir müssen somit alles unternehmen, um wieder einen positiven Kassenbestand und die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität von durchschnittlich 32 Mio. € zu erreichen.

V. Finanzmehrbedarfe des Universitätsklinikums schränken ein

Die zentrale Herausforderung für die Stadt Mannheim ist die langfristige Sicherung und Finanzierung des Universitätsklinikums Mannheim. Damit verbinden wir mehrere Ziele: Die Sicherung einer umfänglichen Gesundheitsversorgung mit Spitzenmedizin für die Mannheimer Bevölkerung, die Sicherung von 4.500 Arbeitsplätzen (und zusätzlich ca. 1.000 Arbeitsplätzen der Fakultät) am Standort sowie die Sicherung und Erschließung der Potenziale des Standortes Mannheim in der Wissenschaftsregion Rhein-Neckar. Für den Haushalt der Stadt Mannheim stellen die Aufwendungen für das Universitätsklinikum Mannheim (UKMA) die größte finanzielle Herausforderung dar. In den Jahren 2018 bis 2024 wird die Stadt rund 250 Mio. € zur Stabilisierung und Entwicklung des Universitätsklinikums bereitgestellt haben. Auch daher ist der im Jahre 2020 eingeschlagene Weg einer Verbundbildung mit dem Universitätsklinikum Heidelberg und die Überführung des Uniklinikums in die finanzielle Mitverantwortung des Landes von strategischer Bedeutung für Mannheim.

Die Verhandlungen mit dem Land hinsichtlich eines Verbunds der beiden Universitätsklinikum Mannheim und Heidelberg wurden in den letzten Monaten intensiv weitergeführt und konzentrieren sich aktuell auf die Themen der Governance und der Finanzierung des Verbunds sowie die Standortentwicklung in Mannheim. Eine Genehmigung des Vorhabens im Wege der Zusammenschlusskontrolle wurde beim Bundeskartellamt beantragt. Das Kartellamt hat diese allerdings nicht erteilt und dabei ausschließlich die Frage einer möglichen Marktbeherrschung eines Klinikverbunds betrachtet. Die verschiedenen Vorteile eines Zusammenschlusses wurden der Entscheidung nicht zugrunde gelegt.

Vor dem Hintergrund der sehr vielfältigen Gemeinwohlvorteile des Zusammenschlusses und der bestehenden Notwendigkeiten um Medizinstudienplätze, Spitzenforschung und hochwertige Gesundheitsversorgung zu sichern, hoffen alle Beteiligten,

dass ein Antrag auf Ministererlaubnis beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erfolgreich sein und damit den Weg für die Verbundlösung freimachen wird. Das Universitätsklinikum Mannheim und die Medizinische Fakultät Mannheim sind als systemrelevant sowohl für die medizinische Versorgung als auch die wissenschaftliche Leistung in der Metropolregion anzusehen. Dieses gilt zusätzlich für die überaus erfolgreiche Ärzteausbildung am Standort, die sich im fortlaufenden Aufwuchs von heute rund 1.900 auf zukünftig 2.400 Studierende der Humanmedizin zeigt und damit einen wichtigen Beitrag zur Ärzteausbildung in Baden-Württemberg leistet.

In den letzten Jahren wurde am Standort Mannheim eine besondere wissenschaftliche Exzellenz aufgebaut, zahlreiche Kooperationen mit Unternehmen begründet und vertieft sowie wichtige Ansiedlungen eingeworben, z.B. der Forschungscampus M2OLIE, das DKFZ-Hector Krebsinstitut oder das Helmholtz-Institut für AngioCardioScience.

Das Land unterstützt den Antrag auf Ministererlaubnis nach den Worten der Minister Olschowski, Bayaz und Lucha auch mit dem Ziel, die Gesundheitsregion Rhein Neckar mit der bestehenden Health & Life Science Alliance zu stärken und damit Unternehmen, Kliniken, Forschungseinrichtungen, Existenzgründern und High Potentials beste Bedingungen zu bieten, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein und hochqualifizierte zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region zu schaffen.

Die Überzeugung des Landes von der Zukunftsfähigkeit eines Verbunds zeigt sich auch darin, dass dem Klinikum für das Jahr 2024 eine weitere Überbrückungshilfe von bis zu 50,4 Mio. € beschieden und für 2025 weitere Landeshilfen in einem den Vorjahren entsprechenden Anteil in Aussicht gestellt wurden.

Die Stadt Mannheim hat für das Klinikum für 2024 Finanzierungsmittel von 35 Mio. € eingestellt sowie dem Klinikum durch eine Patronatserklärung die Finanzierung weiterer Liquiditätsbedarfe im Jahr 2025 bis zu einer Höhe von 99 Mio. € zugesagt. Dabei gehen wir davon aus, dass das Land hiervon erneut einen Anteil im Umfang der Vorjahre übernimmt. Im Ergebnishaushalt 2025 sind 39,6 Mio. € für die Patronatserklärung sowie in den Jahren 2026 bis 2028 jährlich 10 Mio. € für das UKMA eingestellt.

Darüber hinaus erhält das Universitätsklinikum von der Stadt eine jährliche Zuwendung von 3 Mio. € zum Ausgleich der Betriebskosten für die zentrale Notaufnahme.

Der nach wie vor hohe Finanzierungsbedarf des Universitätsklinikums ist im Wesentlichen in weiterhin steigenden Materialkosten, hohen (nicht refinanzierten) Tarifabschlüssen sowie den erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen begründet und damit

einer ständig auseinandergehenden Kosten-Erlös-Schere geschuldet. Eine strukturelle Verbesserung ist neben notwendigen Grundsatzentscheidungen im Gesundheitswesen, der umfänglichen Refinanzierung universitätsmedizinischer Vorhaltekosten erst mit dem Bau der „Neuen Mitte“ zu erwarten. Dort sollen Operationssäle, Intensivpflegeeinheiten und Krankenstationen, die Notaufnahme und die wichtige radiologische Diagnostik zentral untergebracht werden, um lange Transportwege und -zeiten zu reduzieren. Auch dadurch werden sich die klinischen Abläufe deutlich effizienter gestalten lassen als heute, wodurch eine spürbare finanzielle Entlastung erwartet wird. Die Stadt Mannheim als Träger des Universitätsklinikums ist mit der dauerhaften Finanzierung der Betriebskosten wie auch des Neubaus massiv überfordert.

Mit Blick auf das schwebende Risiko müssen wir Vorbereitungen treffen um handlungsfähig zu bleiben. **Die Stadt wird daher Verpflichtungen aus einer im Rahmen der Verbundbildung erforderlichen Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg zur zukünftigen Finanzierung des UK Mannheim nur im Wege eines Nachtragshaushalts mit zusätzlichen Kreditaufnahmen finanzieren können.**

Dennoch gilt: Der eingeschlagene Weg ist richtig, die Zukunft einer gemeinsamen Universitätsmedizin Heidelberg-Mannheim wird sowohl spitzenmedizinische Versorgung in Mannheim sichern und fortentwickeln, als auch weiterhin hervorragende wissenschaftliche Leistungen zum Nutzen von Patientinnen und Patienten ermöglichen. Ich danke an dieser Stelle sehr herzlich den Beschäftigten von Universitätsklinikum und Medizinischer Fakultät Mannheim, denen wir diese positiven Aussichten maßgeblich zu verdanken haben.

2. Kurs definieren

Wie Sie anhand der vorgetragenen Eckpunkte des Haushaltsplans 2025/26 sehen, war die Aufstellung des Haushaltsplans eine besondere Herausforderung. Wir waren nach den enormen Anmeldungen der Dezernate mit einer Überdehnung des Haushaltes konfrontiert, die eine Kraftanstrengung aller Beteiligten erforderlich machte.

Verantwortungsvoll Politik zu gestalten heißt, aus diesen Entwicklungen die richtigen Schlüsse zu ziehen und gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Wir sind an einem Punkt, an dem wir ganz klar sagen müssen: „*Wir sind an unsere finanziellen Grenzen gelangt.*“ Wenn Sie die Entwicklung der Liquidität in den Folgejahren sehen, werden

Sie vielleicht sagen „*Wir haben die Grenzen bereits überschritten.*“ Mit dem vorgelegten Haushalt 2025/26 gehen wir auch Risiken ein und es ist wahrscheinlich, dass wir diesen Haushaltsplan nur mit Auflagen genehmigt bekommen. Aber dieses Risiko gehen wir ein, nachdem wir die Alternativen sorgfältig geprüft und die Folgen abgewogen haben. In intensiven Planungsgesprächen haben wir gemeinsam erörtert, welche Projekte und Vorhaben neu ausgerichtet oder gestoppt werden können oder wo – im bildlichen Sinne – die Bagger schon rollen.

Um uns überhaupt den Spielraum für Schwerpunktsetzungen zu eröffnen, bedarf es klarer, mitunter auch schmerzlicher, Entscheidungen und den Mut, diese gemeinsam zu treffen.

Zum einen **schlage ich vor, dass wir Projekte anpassen.** Beispiel Multihalle: Hier sind die Kosten deutlich aus dem Ruder gelaufen. Wir werden daher die Dachkonstruktion der großen Halle sanieren. Hierzu stehen auch Fördermittel zu Verfügung. Wir wollen aber - entgegen der ursprünglichen Planung - nur die große Halle fertigstellen und den Ausbau der kleinen Halle zunächst pausieren und überprüfen. Dies würde uns eine Teilnutzung der Multihalle im Rahmen der bisherigen Haushaltsansätze ermöglichen.

Eine ähnlich schwierige Entscheidung gilt es, beim Innovationszentrum Greentech zu treffen: Die aktuelle Planung sieht ein Innovationszentrum Greentech im Musikpark vor. Gestiegene Bau- und Finanzierungskosten sowie hohe Gebäudestandards hätten einen hohen Ko-Finanzierungsbetrag der Stadt zur Folge. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltssituation ist dies nicht möglich, sodass wir hier geprüft haben, ob eine Umwidmung bestehender Gebäudeteile wirtschaftlicher ist. In enger Abstimmung mit der mg gmbh erarbeiten wir derzeit eine Lösung, die eine Umsetzung eines Innovationszentrums Greentech im Mafinex vorsieht, das ursprünglich auch als Standort für ein Innovationszentrum Greentech vorgesehen war. Eine Verortung im Mafinex würde einen geringeren Umbau erfordern, da mit Blick auf das Gebäudealter bereits ein hoher Gebäudestandard vorliegt.

Ich schlage aber auch vor, dass wir Projekte ganz abmelden. In diesem Jahr werden wir OPAL eröffnen können. Auch OPAL ist ein Projekt, das auf dem Weg deutlich teurer geworden ist - insgesamt zwei Maßnahmenerhöhungen wurden erforderlich. Gleichwohl wurde OPAL als neue Spielstätte für Oper und Tanz vorangetrieben. Mein Ziel ist es, dass das Gebäude nach Nutzungsende verkauft oder wirtschaftlich an Dritte vermietet wird₁₃

Eine andere Entscheidung sollten wir bzgl. der Lagersituation des NTM treffen. Ich schlage Ihnen vor, den Neubau eines Zentrallagers nicht weiterzuverfolgen. Auch hier ist eindeutig, dass die Kosten aus dem Ruder laufen und die zur Verfügung stehenden Etatansätze nicht ausreichen werden. Stattdessen werden wir prüfen, ob das NTM am bestehenden Standort das bisherige Lager mit geringerem Aufwand ertüchtigen kann. Nicht nur mit Blick auf die finanzielle Lage, sondern auch mit Blick auf den Ressourcen- bzw. Flächenverbrauch müssen wir verstärkt Alternativen im Bestand prüfen.

Weiterhin schlage ich vor, Projekte zu schieben bzw. die Planungen neu ausrichten. Neben der Haushaltslage müssen auch personelle Planungskapazitäten berücksichtigt werden. So soll z.B. die Planung der Generalsanierung der Waldschule erst nach Abschluss der Maßnahmen zum Gebäudeteil C aufgenommen und auch die Planung der Generalsanierung Humboldtschule (Stammschule) pausieren, bis der Neubau abgeschlossen ist. Auch die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans mit dem Bau neuer Staffelwachen werden wir zeitlich anpassen müssen.

Wir haben den Anspruch, unsere Stadt zukunftsorientiert auszurichten. Gleichzeitig existieren hohe Investitionsbedarfe aus dem Investitionsstau vergangener Jahrzehnte oder aus der Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben. Im Kontext enger werdender finanzieller Spielräume bedarf es auch weiterhin großer Anstrengungen und gemeinsamer Priorisierung. Wir werden nicht allen Anforderungen in dem Umfang gerecht werden können, wie wir es uns wünschen. Es wird auch nicht immer einfach werden, aber wir werden diesen Sturm gemeinsam überstehen. Um finanzielle Handlungsspielräume zu erhalten, Ressourcen effizient einzusetzen und um Planungssicherheit zu geben, müssen klare Entscheidungen getroffen und Prioritäten gesetzt werden!

3. Koordinaten für das Ziel Sicherheit geben

Dieser Haushalt trägt eine klare Handschrift. Vier Koordinaten werden unser Handeln leiten und Sicherheit geben.

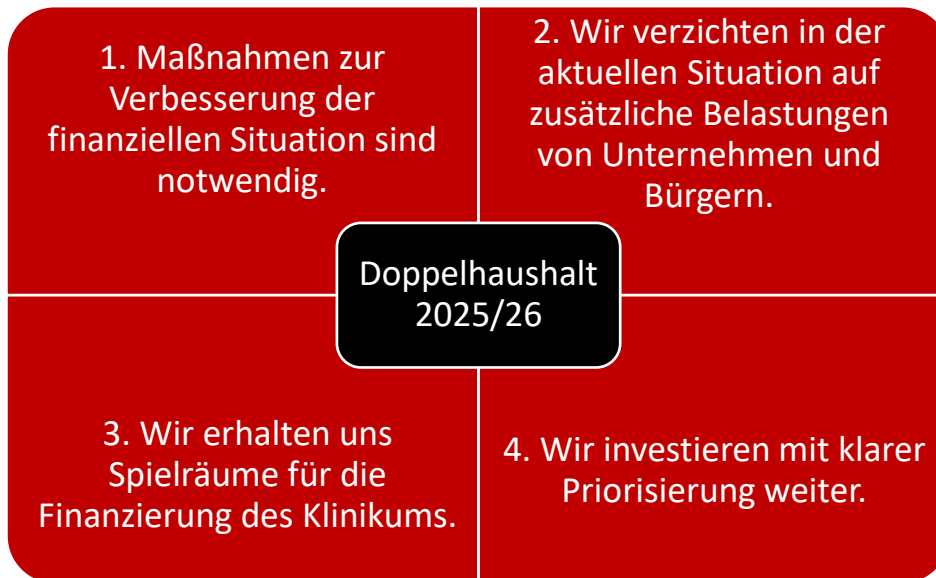


Abbildung 6: Koordinaten des HH 2025/26

Quelle: Eigene Darstellung

Erstens: Wir erkennen die finanzpolitischen Realitäten an. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation wird eine Daueraufgabe bleiben.

Zweitens: In der aktuellen wirtschaftlichen Situation sind weder eine Erhöhung der Gewerbesteuer, noch eine Erhöhung der Grundsteuer angezeigt. Wir wollen unsere Unternehmen und unsere Bürger nicht zusätzlich belasten.

Drittens: Wir verzichten *heute* auf eine Nettoneuverschuldung, um uns *in Zukunft* Spielräume für die Finanzierung unseres Klinikums zu erhalten.

Viertens: Wir investieren weiter und priorisieren unsere Investitionen auf die folgenden Zukunftsbereiche: Bildung, Infrastruktur und Umweltschutz.

Durch den Verzicht auf weitere Belastungen für Bürger und Unternehmen sowie eine weiterhin hohe Investitionstätigkeit geben wir Sicherheit. Wir stellen uns den finanzpolitischen Realitäten und haben Handlungsspielraum mit Blick auf die Finanzierung des Universitätsklinikums.

Die von mir genannten Beispiele zeigen, dass wir dort handeln und gegensteuern, wo wir noch handeln können und wie wir auch in Zukunft handeln und steuern werden, um das Investitionsvolumen an die Finanzierungskraft des Haushalts anzupassen.

Der Haushalt 2025/26 umfasst trotz der „Sturmfrage“ ein starkes Investitionsprogramm. Wir wollen und werden weiter investieren, um Mannheim voranzubringen. Mit 185 Mio. € in 2025 und 177 Mio. € in 2026 investieren wir immer noch mehr als im Durchschnitt der letzten Jahre. **Für den Zeitraum 2025 bis 2028 stehen uns Investitionsmittel in Höhe von 627 Mio. € zur Verfügung.**

Entwicklung der Investitionstätigkeit (Auszahlungen) in Mio. Euro

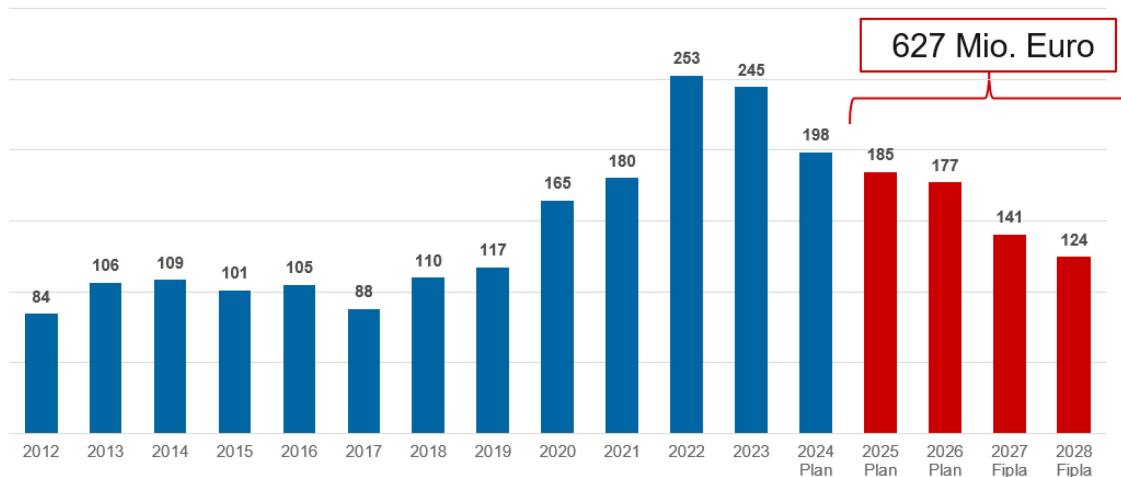


Abbildung 7: Entwicklung der Investitionstätigkeit seit 2012

Quelle: Vorbericht Haushaltsplan 2025/26, Stadt Mannheim

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, investieren wir gezielt in die Bereiche, die eine hohe Wirkung auf die Lebensqualität in unserer Stadt haben:

Produktbereich (Auszahlungen) in Mio. €	Entwurf Plan 2025	Entwurf Plan 2026	Entwurf FiPlan 2027	Entwurf FiPlan 2028
Schulbau	69,8	66,1	45,7	38,3
ÖPNV, Verkehr	29,6	34,3	28,9	28,2
Klima, Natur, Grünflächen	20,0	20,3	16,2	15,4
Sport und Bäder	27,6	10,0	7,1	5,2
Summe	147,0	130,7	97,9	87,1

Abbildung 8: Wesentliche Investitionen je Produktbereich

Quelle: Vorbericht Haushaltsplan 2025/26, Stadt Mannheim

147 Mio. € von unseren insgesamt 184,7 Mio. Investitionsauszahlungen fließen in Schulbau, ÖPNV/Verkehr, Klima/Grünflächen und Sportinfrastruktur. Dies entspricht 80% der Investitionen in 2025.

4. Schwerpunkte unserer Investitionen

4.1. Bildung

Den Schwerpunkt setzen wir klar auf **Investitionen in die Bildung**. Dies erfordert auch der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung.

Daher sind umfangreiche Schulbaumaßnahmen, Sanierungen und Umwandlungen zur Ganztagschule bzw. den kooperativen Ganztag für die Schulstandorte Alfred-Delp-Schule (Neubau), Almenhofschule (Seitenanbau), Humboldtschule (Neubau), Pestalozzi-Schule (Sanierung) vorgesehen. Planungen für weitere Maßnahmen wie den Ausbau der Erich-Kästner-Schule, der Käthe-Kollwitz-Schule, der Seckenheim-Schule und der Waldhofschule zu Ganztagschulen werden weiter vorangetrieben. Die Konzeptionierungen in den sozialräumlich angezeigten, aber komplexen Schulen wie Rheinau-Schule und Neckarschule gehen weiter voran und werden ebenfalls wie die vorgenannten Planungen zu finanziellen Vorbelastungen künftiger Haushaltsplanungen. Mit der weiteren Ertüchtigung der Elementary-School für die vorübergehende Nutzung durch die Franklinschule wird die Stadt auf die stetig anwachsende Zahl an Grundschulkindern reagieren.

Veränderte Prioritäten bei der Schulwahl, die Wiedereinführung von G 9, der Zuzug auf die Konversionsflächen, demographische Entwicklungen und bildungspolitische Programme wie das Startchancenprogramm, Sprachfit oder die Abkündigung des Werkrealschulabschlusses machen andererseits Planungen für die Sanierung, den Umbau, aber auch den Neubau von Schulen notwendig, um den notwendigen Schulraum vorhalten zu können. Um der rechtlichen Pflicht als Schulträgerin nachzukommen, ausreichend Schulplätze vorzuhalten, baut die Stadt Mannheim eine neue Gemeinschaftsschule auf dem Spinelli-Gelände. Die Rosa-Parks-Schule wird als vierzügige Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe einen dringenden Bedarf sowohl inhaltlich als auch quantitativ beantworten. Mit der Festlegung der Grundstücksfläche für die neue Gemeinschaftsschule Rosa-Parks-Schule auf Spinelli konnte in 2024 ein wichtiger Meilenstein erreicht werden. Derzeit erfolgen vorbereitende Maßnahmen, um in 2025 den städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen. Für die Rosa-Parks-Schule sind – ebenso wie für den Neubau der Geschwister-Scholl-Schulen – derzeit nur Planungsraten eingestellt. Die Sicherstellung der Finanzierung der Maßnahmen wird eine Vorbelastung zukünftiger Haushaltspläne. Die bereits begonnene Maßnahme zur Ge-

neralsanierung der Waldschule Gebäudeteil C ist im aktuellen Haushaltsplan ausfinanziert. Darüber hinaus besteht die Herausforderung nicht nur darin, den aufwachsenden Schülerzahlen gerecht zu werden, sondern unsere Schulen so aufzustellen, dass diese gute Rahmenbedingungen vorfinden.

4.2. Infrastruktur

Im Bereich Infrastruktur stehen wir ebenfalls vor zwei großen Herausforderungen. Einerseits gilt es, das bestehende Vermögen zu erhalten. Andererseits müssen wir notwendige Investitionen in die Transformation der kommunalen Infrastruktur tätigen.

Laut Kommunalpanel 2024 der KfW beträgt der kommunale Investitionsstau in Deutschland 186 Mrd. € und ist binnen eines Jahres um 12 Prozent gestiegen. Das Beispiel Dresden mahnt uns, trotz notwendiger Investition in die Transformation, die Funktionalität des Bestandes nicht aus den Augen zu verlieren. Mit Blick auf die angespannte Haushaltsslage ist dies allerdings mehr als herausfordernd.

in Mio. €	2025	2026	2027	2028	Summe
Einzahlungen	10.740.300	13.240.300	4.561.770	4.561.770	33.104.140
Auszahlungen	26.319.000	32.719.000	26.764.000	25.894.000	111.696.000
Saldo	15.578.700	19.478.700	22.202.230	21.332.230	78.591.860

Abbildung 9: Globalzuschuss an den EB Stadtraumservice

Quelle: Haushaltsplan Stadt Mannheim 2025/26

Im Haushaltsplan planen wir mit einem Globalansatz von 26,3 Mio. € (davon geplante Fördermittel: 10,7 Mio. €) in 2025 bzw. 32,7 Mio. € in 2026 (davon geplante Fördermittel: 13,2 Mio. €) für investive Maßnahmen des Eigenbetriebs Stadtraumservice. Für den Zeitraum 2025 bis 2028 sind es insgesamt rd. 112 Mio. €. Dieser Globalansatz soll und muss im Vollzug die größtmögliche Flexibilität ermöglichen und muss entsprechend der Dringlichkeit aus allen Bereichen – Brücken, Straßen, Radwege, Kanaleinläufe, Grünanlagen – bewirtschaftet werden. Für die BBC-Brücke werden in 2025 und 2026 jeweils 10 Mio. €, in 2027 6 Mio. € (davon geplante Fördermittel: ca. 11 Mio. €) aufgewendet werden müssen. Auch für die Notertüchtigung der rnv-Brücke Schlosspark wird in den nächsten zwei Jahren mit Ausgaben von 5 Mio. € gerechnet. Eine funktionierende Infrastruktur ist notwendig, um die Wirtschaftskraft der Stadt zu erhalten. **Diese beiden Beispiele zeigen, dass wir in den nächsten Jahren gezwungen**

sind, hohe Summen in die Funktionalität bestehender Infrastruktur zu investieren und dies den kommunalen Gestaltungsspielraum stark einschränken wird.

Dennoch werden wir auch die Transformation der kommunalen Infrastruktur nicht stoppen. Die Radschnellwege MA-HD und MA-Weinheim, die Radwegeführung Augusta-Anlage (insgesamt 13,8 Mio. € bis 2028, davon geplante Fördermittel: 5,9 Mio. €) und der Umbau des Swansea-Platzes und Willy-Brandt-Platzes (insgesamt 4,7 Mio. € bis 2028, davon geplante Fördermittel: 2,3 Mio. €) sind wichtige Transformationsprojekte, die fortgeführt werden und bei denen wir auch Fördermittel erhalten.

Es existieren weiterhin hohe Bedarfe für Investitionen in den Erhalt der Funktionalität, z.B. im Bereich der Straßensanierung, -technik und -beleuchtung. Wir werden in den nächsten Jahren genau abwägen müssen, welche Investitionen wir – auch mit welchen Fördermitteln – ermöglichen können. Mit Blick auf die begrenzten Mittel, den Fachkräftemangel und den großen Sanierungsbedarf werden wir bisherige und neue Lösungsansätze (weiter-) entwickeln und weitere Maßnahmen aufsetzen, die die kontinuierliche (Über-)Prüfung und Überwachung des Zustandes der Infrastruktur sicherstellen, um rechtzeitig entsprechende Maßnahmen einleiten zu können.

Auch in den Bereich der Sportinfrastruktur investieren wir weiter. Neben der Ausfinanzierung des Kombibades Herzogenried mit insgesamt 24,8 Mio. € in 2025 und 2026 und der Sanierung des Freibades Rheinau (insg. 2,1 Mio. € 2025-2027) unterstützen wir weiter die Vereinssportstätteninfrastruktur mit jährlich 1,6 Mio. € und werden ab 2025 pro Jahr mit 0,5 Mio. € gezielt in die energetische Sanierung von Bädern investieren.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass fast all unsere Investitionen so ausgestaltet sind, dass sie zugleich auch auf die Ziele des Umwelt- und Klimaschutzes einzahlen.

4.3. Umwelt- und Klimaschutz

Mannheim ist mit dem Mission Label für klimaneutrale und smarte Städte von der Europäischen Kommission ausgezeichnet worden. Das Mission Label ist eine Anerkennung für die erfolgreiche Entwicklung eines StadtKlimaVertrags, der die Gesamtvision der Stadt Mannheim für Klimaneutralität umreißt und einen Aktionsplan enthält. Es ist jedoch nicht unmittelbar mit zusätzlichen Finanzmitteln der EU, des Bundes oder des Landes hinterlegt. Jedoch wurde uns der Zugang zu Finanzberatungen der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Aussicht gestellt.

2025 und 2026 setzen wir unser Engagement im Bereich des Umwelt- und Klimaschutz mit unverminderter Intensität fort. In beiden Jahren werden je 5 bzw. 10 Mio. € (je nach Fördermitteln) aus dem städtischen Klimafonds zur Verfügung stehen. Um es deutlich zu formulieren: Damit ist der Klimafonds eine der größten Einzelmaßnahmen im Haushalt - und zwar sowohl im Jahr 2025, als auch im Jahr 2026.

Gerade im Bereich des Umwelt- und Klimaschutz ist es erforderlich, dass wir uns vernetzen und privates Engagement auslösen und verstärken. Die Strategie des Local Green Deals besteht daher darin, die Akteure der Stadtgesellschaft im persönlichen Kontakt zu informieren, zu begeistern und dann gemeinsam lohnenswerte Vorhaben zu entwickeln. Die bisherige Bilanz des Local Green Deals umfasst sowohl Themen der Transformation, als auch Projekte des bürgerschaftlichen Engagements.

Aktuell

- zeigen **200 Deals** Mannheimer Engagement für Klima-, Natur- und Umweltschutz auf unserem Beteiligungsportal;
- wirken Engagierte in **70** vom Local Green Deal Team aufgebauten Netzwerken mit. Hier werden gemeinsam Ideen entwickelt und neue Aktivitäten angestoßen;
- forschen Studierende gemeinsam mit dem Local Green Deal Team in **9 Forschungsprojekten**. Sie bringen innovative Impulse ein und sorgen für einen engen Kontakt zur Wissenschaft;
- unterstützt eine so genannte **Dealbox** mit über **100 Empfehlungen** Unternehmen, die Projekte für mehr Nachhaltigkeit angehen möchten und
- bringen neue, vom Local Green Deal Team identifizierte und mit der Verwaltung abgestimmte Flächen für urbanes Gärtnern mehr Mannheimerinnen und Mannheimer zusammen, die sich für eine intakte Umwelt und gesunde Nahrungsmittel einsetzen wollen.

Der Local Green Deal treibt den Umwelt- und Klimaschutz energisch voran, sorgt für die so wichtige breite Verankerung in der gesamten Stadtgesellschaft und hebelt damit das für die erfolgreiche Transformation unerlässliche private Kapital und Engagement. Dies ist besonders wichtig, da die Finanzierung der Transformation nur zu einem überschaubaren Teil durch die Kommune erfolgen wird.

Ganz konkret sichtbar für die Mannheimerinnen und Mannheimer ist, dass unsere Stadt auch nach der BUGA immer grüner wird. So planen wir, im Rahmen des 1.000

Bäume Programms die Nach- und Neupflanzung von Bäumen im Stadtgebiet sukzessive auf jährlich 1.000 Stück auszuweiten. Im Jahr 2023 konnten bereits 751 Bäume (500 Nach- und 251 Neupflanzungen) realisiert werden.

Auch unsere Wälder, die wichtige Naherholungsgebiete für unsere Bürgerinnen und Bürger sind, profitieren von diesem Haushalt. Die durch den Klimawandel geschwächten Kiefernwälder sollen in artenreiche, klimastabile Laubmischwälder umgewandelt werden. Sie fördern ein angenehmes Stadtklima, indem sie Sauerstoff produzieren, die Stadt bei Hitze kühlen und Schadstoffe aus der Luft filtern. Außerdem verhindern sie Bodenerosion, verbessern die Wasserqualität des Grundwassers und mildern die Auswirkungen von Starkregen. Wir werden pro Jahr etwa 6 ha Wald klimaresilient in Verjüngung bringen.

Neben Grünflächen und Wäldern spielen auch die beiden Flüsse eine wichtige Rolle für den Umweltschutz. So hat der Stadtraumservice in 2024 von der BUGA gGmbH die Renaturierung des Neckars übernommen und führt diese bis 2028 mit rund 10 Mio. € fort.

Unsere Klimaschutzagentur (KSA) ist wichtige Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger und Institutionen, die Klimaschutzmaßnahmen umsetzen wollen. Künftig wird die KSA ihre Beratungsleistungen an neuem Standort in der Tattersallstraße erbringen. 2025 wird die Stadt Mannheim die Klimaschutzagentur mit über 1 Mio. € unterstützen.

Eine zentrale Rolle beim Umwelt- und Klimaschutz kommt dem ÖPNV zu. Beim Ausbau des ÖPNV nimmt das Konversionsnetz weiter Form an. Bereits Ende 2023 konnte der Stadtbahnbetrieb mit der Linie 16 auf Franklin aufgenommen werden. Seit diesem Sommer wird die Haltestelle Platz der Freundschaft der Linie 5 auf Franklin erneuert. Die Erneuerung der Haltestelle Paradeplatz, einem der wichtigsten Umsteigeknoten in Mannheim, war eine schwierige Operation am offenen Herzen der Stadt. Sie bringt nun aber den Menschen in unserer Stadt Barrierefreiheit, zukunftsfähige Infrastruktur und auch eine optische Aufwertung des Paradeplatzes. Mit dem Umbau des Karlsplatzes in Rheinau steht ab diesem Herbst eine weitere wichtige Maßnahme unmittelbar vor der Umsetzung, während die Vorbereitungen für die Kapazitätserweiterung am rnv-Bf. Käfertal und den Bau der Stadtbahn durchs Glücksteinquartier weiter voranschreiten. Nachdem bereits große Summen in den vergangenen Jahren investiert werden konnten, sind für die Jahre 2025 und 2026 zusammen knapp 12 Mio. € für den Ausbau der Stadtbahn eingeplant.

Bei der rnv sind immer mehr neue Fahrzeuge des Typs RNT in Betrieb, die für verbesserten Komfort, weniger Störungen und größere Fahrgastkapazitäten sorgen. Im Busbereich sind die ersten Gelenk-E-Busse, die ihre Reichweite durch einen Wasserstoffantrieb erweitern, in Betrieb und ersetzen damit bestehende Dieselsebusse. Hierfür nehmen wir in den kommenden Wochen eine Wasserstoff-Tankstelle auf dem Betriebshof Möhlstraße in Betrieb, die auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen wird.

Immer wieder in Mannheim und der Region auftretende Störungen und Einschränkungen im Netz der Deutschen Bahn zeigen, dass der Bund dringend nachhaltiger in sein Schienennetz investieren muss. Mit der Riedbahnsanierung wird seit 15.07. nun erstmalig ein ganzer Korridor für eine grundlegende Ertüchtigung vollgesperrt, was mit erheblichen Einschränkungen für Reisende und Anwohnende einhergeht. Wir haben hier intensiv mit Bund und Bahn zusammengearbeitet, um bestmögliche Lösungen für Mannheim und die Region zu finden. So habe ich mich persönlich erfolgreich für eine direkte Anbindung unserer Stadt per Schnellbus an den Flughafen Frankfurt eingesetzt. Ebenso erhalten fünf Verkehrsstationen (Waldhof, Luzenberg, Käfertal, Neckarstadt, Handelshafen) deutliche Verbesserungen und auch einige Lücken im Lärmschutz konnten geschlossen werden.

Wichtig ist aber vor allem auch der Ausbau der Kapazitäten, damit auch endlich zusätzliche S-Bahnzüge aufs Gleis gesetzt werden können. Im Juni dieses Jahres hat sich die Stadt Mannheim für die parlamentarische Befassung zur Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim klar positioniert. Im Juli hat sich auch die Region hinter unsere Forderungen gestellt. Die beiden Projekte Frankfurt-Mannheim und Mannheim-Karlsruhe müssen endlich verknüpft geplant und umgesetzt werden. Mannheim braucht dabei für einen stadtverträglichen und zukunftsfähigen Ausbau zwingend einen Güterverkehrstunnel.

Die Umstellung auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung ist eine der großen Zukunftsaufgaben. Die Mitwirkung aller Akteure der Stadtgesellschaft – Stadt, Unternehmen und Bürgerschaft – ist elementar für das Gelingen dieses Transformationsprozesses. Der Beschluss der Kommunalen Wärmeplanung im März 2024 ist ein Meilenstein für klimaneutrale Wärmeversorgung in Mannheim und befindet sich in Umsetzung. **Gelingt die vollständige Realisierung, können knapp 40 % aller Treibhausgasemissionen in Mannheim eingespart werden.**

Die konkrete Umsetzung erfolgt durch ein umfangreiches Maßnahmenbündel, bestehend aus Förderprogrammen der Klimaschutzagentur, Bürgerinformation und Verfügbarkeitschecks und insbesondere dem Fernwärmeausbau der MVV. MVV ist als Energieunternehmen Vorreiter bei der Energiewende und hat sich mit seinem Mannheimer Modell einem strategischen Weg verpflichtet, mit dem es als eines der ersten Energieunternehmen Deutschlands bis 2035 klimapositiv werden wird. Dabei setzt MVV konsequent auf die Wärmewende, die Stromwende und den damit verbundenen Ausbau erneuerbarer Erzeugungsmethoden sowie auf grüne Kundenlösungen. In den kommenden Jahren wird MVV mehrere 100 Mio. € in Mannheim investieren.

Bis 2030 vergrünt MVV die Fernwärmeerzeugung in Mannheim und der Region zu 100 Prozent. Das Mannheimer Fernwärmenetz ist eines der größten in Deutschland. Hier kann das Unternehmen bereits 60 Prozent der Wärmenachfrage mit Fernwärme abdecken. In Zukunft soll dieser Anteil auf 75 Prozent wachsen. Bundesweit werden derzeit erst etwa 15 Prozent der Haushalte über Fernwärme versorgt. Auf diesem Vorsprung bauen MVV und die Stadt Mannheim im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung als Partner der Stadt Mannheim weiter auf: Das Unternehmen erweitert sein Fernwärmenetz kontinuierlich und schließt nach und nach rund 10.000 weitere Gebäude an das Fernwärmenetz an. 100 Kilometer zusätzliche Leitungen sind dafür geplant.

2020 hat das Unternehmen mit der Anbindung seiner Thermischen Abfallbehandlung die erste Ausbaustufe der Wärmewende in Mannheim realisiert. 2023 folgte gemeinsam mit der Grosskraftwerk Mannheim AG (GKM) die Inbetriebnahme einer der größten in ein Fernwärmesystem eingebundenen Flusswärmepumpen Deutschlands. Sie versorgt seit Oktober 2023 rechnerisch 3.500 Haushalte mit klimafreundlicher Wärme aus dem Rheinwasser. Damit spart die neue Anlage jährlich rund 10.000 Tonnen CO₂ ein.

Eine zweite Ausbaustufe hat MVV in diesem Jahr mit dem Anschluss seiner Phosphor-Recycling-Anlage und seines Biomassekraftwerks im Mannheimer Norden an das zentrale Fernwärmenetz abgeschlossen. Damit kann MVV nun rund die Hälfte des Wärmebedarfs der Haushalte, des Gewerbes und der Industrie mit grüner Wärme versorgen. Zum Vergleich: Deutschlandweit macht der Anteil erneuerbarer Energien am Wärmebedarf derzeit noch nicht einmal 20 Prozent aus.

Und danach beginnt MVV die nächste Stufe für 100 Prozent grüne Wärme. Zu ihr gehören grüne Technologien wie Erdwärme, zusätzliche Flusswärmepumpen, die Nutzung weiterer industrieller Abwärme, Elektrodenkessel oder Biomethan-Heizkraftwerke. Haushalten ohne zentrale Wärmeoption bietet MVV darüber hinaus klimaneutrale dezentrale Wärmelösungen wie beispielsweise Wärmepumpen an.

Auch für die Stromwende legt das Unternehmen ein noch ambitionierteres Tempo vor: Bis 2030 wird MVV ihre eigene Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf rund 2.000 Megawatt im Jahr 2030 erhöhen. Die noch verbliebene fossile Erzeugung wird bis 2035 auf grüne Energien umgestellt.

Auch für unvermeidbare Restemissionen wird an Lösungen, wie der CO₂-Abscheidung gearbeitet. So werden nicht nur eigene unvermeidbare Restemissionen ausgeglichen, sondern bereits bis 2035 negative Gesamtemissionen erreicht und MVV damit klimapositiv.

5. Starke Wirtschaft und eine attraktive und sichere Stadt

5.1. Wirtschaft und Unternehmen

Im Bereich der Entwicklung unserer Unternehmen sehen wir, dass sich globale ökonomische Trends auch lokal niederschlagen. Zugleich wird deutlich, dass sich unsere wirtschaftspolitische Strategie, die die Förderung von Existenzgründungen mit der Bestandspflege kombiniert, auszahlt.

Einerseits werden auch in Mannheim Großinvestitionen wie zum Bsp. der Bau einer neuen Fabrik von Schokinag im Hafen abgesagt und an anderen Standorte realisiert. Andererseits gibt es hoch innovative Unternehmen, die sich aus dem MAFINEX entwickelt haben und sich nun im Glückstein-Quartier ansiedeln. Osapiens ist hierfür ein herausragendes Beispiel. Sehr erfolgreich sind wir bei der Finanzierung junger Startups. Dies gilt etwa für Resourcly, die eine Sharing Plattform für Ersatzteile anbieten oder Melt, die sich auf Wärmespeicher Platten für Gebäude spezialisieren.

Mit dem Gebäude TPMA3 errichtet die Technologiepark Mannheim GmbH (TPMA) als 100% Tochter der L-Bank als Förderbank des Landes auf dem MMT-Campus am Klinikum bereits ihr drittes Büro- und Laborgebäude für Medizintechnologie-Nutzungen. Der Rohbau ist nahezu fertiggestellt, mehr als die Hälfte der Flächen bereits vermietet. Die beiden zuvor errichteten Gebäude TPMA1 und TPMA2 sind seit Fertigstellung voll

vermietet. Mit diesem Baustein sind nun alle stadtseits verfügbaren Gewerbeflächen des MMT-Campus im bisherigen Plangebiet vollständig entwickelt und ausgeschöpft. Wichtig für den Wirtschaftsstandort ist auch die Ansiedlung von DEVELON in Friedrichsfeld. Geplant sind Büro-, Lager-, Werkstatt- und Schulungsräume sowie der Vertrieb von Baumaschinen. Bis zu 70 Arbeitsplätze entstehen neu. Die städtische Wirtschaftsförderung hat das Projekt aktiv begleitet und so zum Erfolg geführt.

Mit Leica Microsystems und SIEMENS konnten dank des Engagements der Stadt Mannheim zwei Unternehmen am Standort gehalten und Arbeitsplätze (225 bzw. 500) gesichert werden. Auch dies waren bedeutende Erfolge im Bereich der „Bestandspflege“.

Viele Unternehmen in Mannheim sind angesichts des Fehlens von qualifiziertem Personal auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Da die Visaprozedere langwierig sind und einen schnellen Einsatz von Fachkräften oftmals hemmen, kann seit dem 1. März 2020 das beschleunigte Fachkräfteverfahren beansprucht werden. Dadurch wird die Frist bis zur Visaerteilung deutlich verkürzt. In Mannheim kümmert sich speziell geschultes Personal der Ausländerbehörde um das beschleunigte Verfahren, um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. 640 Fachkräfte haben von diesem Angebot profitiert und tragen für den Verbleib und die Neuansiedlung von Unternehmen in unserer Stadt bei.

5.2. Innenstadt

Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft der Mannheimer Bevölkerung steigt 2024 im Vergleich zum Vorcoronazeitraum 2019 um 8,2% auf 2,3 Mrd. €. Gegen diesen Trend entwickelt sich die Kaufkraftbindungsquote, diese liegt zwar 2024 mit 121% über dem Vorjahreszeitraum, verzeichnet allerdings 10 Prozentpunkte weniger als noch 2019 (131%). Die Kaufkraftbindungsquote ist das Maß für die lokale Bindung innerhalb einer Region. Bei einer Kaufkraftbindungsquote von 121% erzielt Mannheim 21% mehr Umsatz als Kaufkraft in der Stadt vorhanden ist. Dies zeigt, wie wichtig die Region und die gute Erreichbarkeit der Innenstadt für unseren Wohlstand sind.

Meine Zielsetzung ist eine Innenstadt, die über zentrale Parkhäuser jederzeit leicht und schnell zu erreichen ist, die aber zugleich durch verkehrsberuhigte Bereiche ein hohes Maß an Aufenthaltsqualität bietet.

FutuRaum hat im Sommer 2024 mit einer ersten Beschlussvorlage gezeigt, dass es möglich ist, verschiedene Innenstadtakteure mit oftmals vermeintlich unterschiedlichen Interessen an einen Tisch zu bringen und gemeinsam Maßnahmen zu erarbeiten. Der Gemeinderat hat die Verwaltung beauftragt, verschiedene Varianten für die Fressgasse zu prüfen. Die Ergebnisse werden im April 2025 vorgestellt.

Wir steigen aber bereits jetzt in die Umgestaltung der Fressgasse ein, dazu wird der Eingangsbereich im Frühjahr entsiegelt und begrünt. **Es freut mich, dass die Gewerbetreibenden bereits jetzt einen Beitrag dazu leisten wollen, wir stellen ihnen BUGA-Pflanzenkübel zur Verfügung, die von ihnen bepflanzt und begrünt werden. Dieses Beispiel belegt, dass die Innenstadtwirtschaft Partner und nicht Gegner der Transformation ist.**

Nach der Fressgasse werden wir uns auch um die weiteren Bereiche der Innenstadt kümmern: Kunststraße, Planken, aber auch Marktstraße und Breite Straße. Mit einer „City Factory Quadrate“ soll ab Dezember 2024 ein Prozess aufgesetzt werden, der Bürgerschaft, Innenstadtwirtschaft, Kultur, Bildungseinrichtungen sowie zahlreiche weitere Akteure zusammenbringt, um gemeinsam wieder Vorschläge für Maßnahmen an Stadtverwaltung und Gemeinderat zu erarbeiten. Ziel ist es, im Herbst 2025 eine weitere Beschlussvorlage auf den Weg zu bringen.

FutuRaum umfasst nicht nur die Innenstadt, sondern auch Rheinau-Mitte, Schönau und die Vogelstang. Hier werden ebenso unter Beteiligung der Akteure vor Ort Ideen für attraktive Stadtteilzentren erarbeitet. Bis zum Jahresende soll die Beteiligung erfolgen, danach werden die Ergebnisse präsentiert.

Unsere Innenstadt ist ein moderner urbaner Raum, der verschiedene Nutzungen miteinander kombiniert. Neben Einzelhandel und Gastronomie sollen sich Dienstleistungen, Wohnräume, kulturelle und Freizeitangebote wiederfinden. Ziel ist dabei, eine lebendige, vielfältige und sichere Umgebung zu schaffen, die den Bedürfnissen aller gerecht wird.

Erfreulich ist, dass sich die Besucherfrequenzen nach Corona erholt haben. Im Bereich der Haupteinkaufsachsen lässt sich ein Frequenzzuwachs verzeichnen. Auch hieraus lässt sich ableiten, dass sich Bürgerinnen und Bürger sowie Besucherinnen und Besucher gerne in unserer Stadt aufhalten und wir das Fokusthema „multifunktionale Innenstadt“ vorantreiben müssen.

Eigentümerinnen und Eigentümer der Immobilien gestalten und verantworten maßgeblich die privaten Investitionen und Nutzungen der Innenstadt. Insbesondere die Eigentümerinnen und Eigentümer entlang der Haupteinkaufsachsen sind wichtige Akteure für die Innenstadtentwicklung. Daher wurde mit dem „City-Net – Eigentümernetzwerk Innenstadt Mannheim e.V.“ ein Verein gegründet, der aktuell aus 22 Mitgliedern besteht. Nach der Gründung sind schon 5 weitere Mitglieder dazu gekommen, 5 weitere folgen noch in diesem Jahr. City Net hat bereits eine Charta erarbeitet, die nicht nur Forderungen, sondern ebenso Handlungsfelder für die Vereinsmitglieder beinhaltet. Die Stadt arbeitet mit City Net zusammen, um die Eigentümerinnen und Eigentümer als aktive Mit-Gestalter der Innenstadt dauerhaft zu gewinnen und zu binden.

Die Sicherstellung der ungehinderten Erreichbarkeit der Innenstadt ist sowohl für den privaten, als auch für den Lieferverkehr von zentraler Bedeutung. Nur so kann gesellschaftliches Leben in der Innenstadt stattfinden und können Gewerbetreibende erfolgreich wirtschaften. Daher haben wir das aus dem Jahre 1990 stammende Parkleitsystem umfassend modernisiert. Die Tiefbauarbeiten werden nach aktuellem Zeitplan Ende November, die nachgelagerte Montage der letzten Schilder im Januar 2025 abgeschlossen sein.

5.3. N1 / N2

Bei N1 und N2 haben sich die Rahmenbedingungen erheblich verändert. In den vergangenen Monaten haben wir Entwicklungen erlebt, die wir nicht außer Acht lassen dürfen. Wir erleben ein besorgniserregendes Down-Trading in N1. Geschäfte geben auf, der gegenwärtige Zustand von N1 ist weit entfernt von dem, was wir uns wünschen. Hinzu kommt, dass der Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege in zwei aktuellen Gesprächen klar zum Ausdruck gebracht hat, dass der Denkmalschutz einem Abriss von N1 unter keinen Umständen zustimmen wird.

Es wird also unsere gemeinsame Aufgabe sein, für die Bestandsimmobilie N1 eine gute und zukunftsfähige Lösung zu finden und das Gebäude baulich so zu ertüchtigen und einer Nutzung zuzuführen, die sicherstellt, dass von diesem Haus eine dauerhafte Aufwertung des Paradeplatzes ausgeht und dort zentrale Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger erbracht werden.

Allein die Sanierung von N1 wird uns bereits finanziell sehr fordern. Ein zusätzlicher, gleichzeitiger Neubau in N2 würde uns finanziell überfordern.

Es ist nur allzu verständlich, dass die Option eines Neubaus der Stadtbibliothek zunächst faszinierend ist. Ein solches Großprojekt auf dem weißen Blatt Papier zu entwickeln, ist eine verlockende Übung und diese löst – zumal wenn sie mit entsprechenden Visualisierungen versehen wird – bei den Menschen verständlicherweise Hoffnungen und Erwartungen aus, mit denen wir nun konfrontiert sind.

Dennoch rate ich uns zur nüchternen Betrachtung der Fakten. Hierbei ist es erhellend, sich zunächst in die Zeit des Beginns des Planungsprozesses zurückzusetzen. Im Jahr 2017 wurde eine Machbarkeitsstudie zur Stadtbibliothek vorgelegt und im Rahmen eines großen Workshops erörtert. Es wurden verschiedene Varianten besprochen, u.a. die Variante „Umbau Stadthaus N1 zur Stadtbibliothek“ sowie „Neubau Stadtbibliothek am Standort N2“. Zur Umsetzbarkeit des Raumprogramms der Stadtbibliothek in N1 haben die Teilnehmer des Workshops festgestellt: „Fläche nur quantitativ nachweisbar“. Hieraus wird schon ersichtlich, dass es nicht per se unmöglich ist, die Stadtbibliothek in N1 unterzubringen, es aber Flexibilität und Kreativität benötigt, um die Stadtbibliothek in N1 zu verorten.

Entscheidend ist aber, dass schon zum damaligen Zeitpunkt N1 eine „gute Eignung“ als Standort für eine Stadtbibliothek bescheinigt wurde. Somit spricht schon die damalige Faktenlage dafür, N1 als Ort der künftigen Stadtbibliothek vertieft zu betrachten.

Es wäre ein Ausweis nachhaltiger Politik, wenn es gelänge, das bestehende Gebäude N1 so weiterzuentwickeln und zu ertüchtigen, dass es heutigen und kommenden Generationen als Ort der Bildung, der Kommunikation und der Zusammenarbeit dient. Dies wäre ein Beleg, dass wir den schonenden Umgang mit Ressourcen nicht nur propagieren, sondern wo immer möglich auch umsetzen. Ich bin überzeugt, dass es eine gemeinsame Verantwortung unserer Generation ist, wann immer technisch und wirtschaftlich möglich, Bestandsgebäude zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dies gilt natürlich auch für N2.

Unser gemeinsames Ziel ist es – davon bin ich überzeugt – hochwertige außerschulische Bildungsangebote und Bildungsorte zu schaffen. Ich appelliere daher an alle Mitglieder des Gemeinderates, gemeinsam die Chancen von N1 für eine neue Stadtbibliothek auszuloten.

5.4. Sicherheit und Sauberkeit

Obgleich die Stadt bereits verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens und der objektiven Sicherheitslage angestoßen hat - nicht zuletzt die Einführung einer Waffenverbotszone - bleiben Sicherheit und Sauberkeit Dauerthemen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sich insbesondere auf diesem Gebiet ein entschiedenes Handeln ihrer Kommune. Hinzu kommt, dass die Gewährleistung von Sicherheit eine zunehmend komplexe Aufgabe ist.

Zur Verbesserung der Sauberkeit hat der Eigenbetrieb Stadtraumservice das Konzept „Sauberkeitsoffensive“ entwickelt. Wesentliche Meilensteine in 2024 sind bzw. waren die Sauberheitskampagne von Februar bis Juli 2024, die Konzepterstellung eines „Zero-Waste-Konzeptes“ (bis Februar 2025) und die Reinigungsaktion „Putz' deine Stadt raus!“ vom 14. bis 16. März 2024 mit 6.300 Teilnehmenden.

Um auch in den Stadtteilen für ein sauberes Stadtbild zu sorgen, erfolgte ab dem zweiten Quartal 2024 durch zusätzliche Ressourcen eine Sauberkeitsoffensive in den Stadtteilen. Hinzu kommt, dass seit dem 2. Quartal 2024 drei Sauberkeitsermittler beim Fachbereich Sicherheit und Ordnung eingesetzt sind. Deren Aufgabe ist es, illegale Müllablagerungen auf Hinweise zu den Verursachern zu untersuchen. Ab Mitte März fand eine Testphase statt, in der innerhalb von zehn Wochen bereits 620 Örtlichkeiten überprüft wurden. Es wurden insgesamt 63 Anzeigen zur Einleitung eines Ordnungswidrigkeiten-Verfahrens gestellt. Das Projekt wird verstetigt und kontinuierlich verbessert.

Die Zahl der Angriffe auf die IT-Infrastrukturen der Verwaltungen ist besorgniserregend. Seitdem mobiles Arbeiten vielerorts den Arbeitsalltag bestimmt, verzeichnen Organisationen weltweit einen signifikanten Anstieg von Cyber-Angriffen. Des Weiteren durchdringt die zunehmende Digitalisierung die kommunale Verwaltung immer stärker. Ohne eine funktionierende IT ist die Stadtverwaltung in ihrem Handeln immens eingeschränkt. Darüber hinaus wären erhebliche wirtschaftliche sowie Imageschäden zu erwarten. Der Gesetzgeber hat zudem auch den Bereich der Cybersicherheit für die digitale Verwaltung reguliert. Deshalb wird der Schutz der IT-Systeme sowohl wegen verschärfter Cyberbedrohungen, als auch zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben priorisiert. Als Reaktion auf diese Entwicklungen hat die Stadt Mannheim die Einrichtung eines Security-Operations-Center (SOC) beschlossen.

Die Stadt Mannheim hat 2024 zudem ihren aktualisierten Brandschutzbedarfsplan vorgelegt. Damit wurde eine wichtige Planungsgrundlage für die erforderlich gewordene

Neuausrichtung der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes der Stadt Mannheim geschaffen. Aufgrund der massiv steigenden Einsatzzahlen, städtebaulichen Veränderungen sowie der gestiegenen Anforderungen an eine moderne Gefahrenabwehr sind eine Vielzahl von Anpassungsmaßnahmen notwendig.

Demnach ist geplant, dass künftig die grundlegenden Gefahrenabwehreinheiten flexibler und agiler aufgestellt werden und dafür die Einheiten der Feuerwehr über das gesamte Stadtgebiet zu dislozieren. So werden mit der bereits begonnenen Modularisierung und Flexibilisierung der grundlegenden Gefahrenabwehreinheiten Synergien in der Zusammenführung von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Feuerwehreinheiten geschaffen. Dadurch wird eine reibungslose Integration der Freiwilligen Feuerwehr als gestärkte Säule der kommunalen Gefahrenabwehr möglich. Hierdurch wird zugleich die Attraktivität der Freiwilligen Feuerwehr Mannheim gestärkt, was wiederum für ein weiterhin herausragendes Engagement im Ehrenamt erforderlich ist.

Neben den personellen Anpassungen sind auch technisch die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Hierzu wird das neue strategische Basisfahrzeugkonzept bereits umgesetzt. Die ersten 14 Großfahrzeuge für Hilfeleistungs- und Brandeinsätze befinden sich bereits in der Beschaffung. So kann die bereits stark veraltete und reparaturanfällige Flotte von Großfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr endlich erneuert werden.

5.5. Tourismus und Marketing

Mit der Verschmelzung der beiden Städtischen Gesellschaften Event & Promotion Mannheim GmbH (EPM) und der Tourismus Stadt Mannheim GmbH (TSM) zur Veranstaltungen-Tourismus-Marketing: Mannheim erleben GmbH (VTM) haben wir eine zentrale Marketinggesellschaft für die Stadt Mannheim etabliert. Die Geschäftsfelder der vorherigen Event & Promotion Mannheim, wie z.B. Messen und Märkte, insbesondere das Stadtfest, die Mai- und Oktobermess sowie weitere Volksfeste, Weihnachts- und Wochenmärkte, aber auch die Verpachtung öffentlicher Plätze zur Durchführung von Veranstaltungen und die Organisation und Vermarktung der Werberechte der Stadt Mannheim und die Vermarktung von Werbeplätzen (u.a. Stimmgabeln, Litfaßsäulen, etc.) wurde im Zuge dessen um die der ehemaligen TSM (Touristische Vermarktung Mannheims) sowie die Durchführung der Veranstaltungen Nachtwandel, Monnem Bike erweitert. Ergänzend hat die Gesellschaft auch erstmalig den Gemein-

same Fasnachtsumzug MA/LU zu organisieren und Aufgaben innerhalb der Stadtteilorientierung, aber auch in Sachen Beteiligung an übergreifenden Werbemaßnahmen der Region zum Tätigkeitsfeld erhalten.

Die bisherigen Zuschüsse für die Veranstaltungen der ehemaligen TSM sollen zukünftig in einem Globalzuschuss gebündelt werden. Im Hinblick auf das Jahr 2025 soll in einem Workshop über die Ausrichtung und Ausgestaltung von Monnem Bike und Nachtwandel entschieden werden, um auch die Bezuschussung über den städtischen Haushalt eingrenzen zu können.

Der Aufsichtsrat der VTM wurde über das bereits im Jahre 2019 in Auftrag gegebene und mit einer Besucherbefragung 2023 zur BUGA abgeschlossene Tourismuskonzept informiert. Wesentliche Erkenntnisse können insbesondere aus den Rahmendaten gezogen werden. Mit fast 16 Mio. Aufenthaltstagen und einem Bruttoumsatz von ca. 760 Mio. € wurde im Jahre 2023 mindestens eine Wertschöpfung von 377,3 Mio. € in Mannheim erzielt. VTM wird die hieraus resultierenden Handlungsempfehlungen auswerten, um die Attraktivität Mannheim zu steigern und weiter touristisch und für Geschäftsreisende vermarkten.

Der positive Trend der Übernachtungszahlen konnte in der ersten Jahreshälfte 2024 fortgesetzt werden. Fast 808.000 Übernachtungen registrierte das Statistische Landesamt Baden-Württemberg für die Stadt Mannheim im ersten Halbjahr 2024. Verglichen mit 2023 bedeutet dies zwar einen Rückgang um 6 Prozent – was angesichts des außerordentlichen BUGA-Jahres jedoch als moderates Minus zu bewerten ist und im Vergleich zum vorherigen Rekordjahr 2019 (vor Corona) einem Plus von 7,6 Prozent entspricht. Hierzu beigetragen haben auch Sportveranstaltungen wie die Handball-EM oder die Tauzieh-WM.

Die im Tourismuskonzept erarbeiteten und vorgeschlagenen Maßnahmen haben das Ziel, die Wirtschaftskraft des Mannheimer Einzelhandels, der Gastronomie und der Hotellerie sowie die damit verbundene Umwegrentabilität zu steigern. Hierbei ist eine zukünftige Aufgabe die Bildung einer gemeinsamen „Kulturmarke Mannheim“. Die Zusammenarbeit der Mannheimer Kulturinstitutionen zu den vielfältigen Aktivitäten zu 100 Jahre Neue Sachlichkeit ist hierbei ein wesentlicher Schritt zur Bündelung der kulturellen Aktivitäten und deren Marketing. Eine ganze Epoche mit einem einzelnen Begriff zu prägen, gelingt nur äußerst selten. Dem jungen Mannheimer Kunsthallen-Direktor Gustav F. Hartlaub ist mit seiner legendären Ausstellung „Neue Sachlichkeit“

1925 jedoch genau das geglückt. Hundert Jahre später widmet die Kunsthalle Mannheim dem Phänomen „Neue Sachlichkeit“ eine große Ausstellung, die sowohl die damalige Leistung würdigt, sie aber auch kritisch hinterfragt und ergänzt, vor allem um das Schaffen von Künstlerinnen, da in der Ausstellung von 1925 keine einzige Frau vertreten war. Mit einem Motto „Die 1920er-Jahre in Mannheim“ wird dieses spartenübergreifende Kulturhighlight und damit sämtliche Aktivitäten der beteiligten Partner unter einem Dach zusammengefasst. **Die Dachmarke macht Mannheim als Reiseziel für Individual- und Gruppenreisende attraktiv. Dabei sind Kultur- und Bildungsinstitutionen der Region und auch der Handel ist entsprechend eingebunden. Das Jahrhundertjubiläum soll im Jahr nach der BUGA23 erneut die Aufmerksamkeit auf Mannheim lenken.**

6. Einsatz für Familien, Ehrenamt und gesellschaftlichen Zusammenhalt

6.1. Kinder und Jugend

Qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu binden ist angesichts des notwendigen Ausbaus an Betreuungsplätzen und des Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich weiterhin eine große Herausforderung, der sich die Stadt Mannheim in besonderer Weise annimmt. So haben wir auch 2024 zahlreiche Maßnahmen angestoßen, um die Rahmenbedingungen in den Kitas und für die dort tätigen Beschäftigten zu verbessern und damit dem bundesweiten Phänomen des akuten Fachkräftemangels bei pädagogischen Fachkräften entgegenzuwirken. Hier sind insbesondere die Arbeits- und Rahmenbedingungen vor Ort, die Förderung und Entwicklung des Personals sowie Anreizsysteme Schwerpunkte, um als Träger bzw. Arbeitgeber weiterhin konkurrenzfähig und attraktiv zu sein.

Trotz aller Anstrengungen in diesem Bereich war und ist das Kita-Jahr 2023/2024 – bedingt durch eine hohe Anzahl vakanter Stellen, krankheitsbedingter Ausfälle, einer überdurchschnittlich hohen Quote an Beschäftigungsverhältnissen in Teilzeit auch geprägt von einer Vielzahl an kurz- und längerfristigen Angebotseinschränkungen im Bereich der Ganztagesbetreuung, welche die Eltern vor große Herausforderungen stellen und für alle Beteiligte und Betroffene eine immense Belastung darstellt.

Vor dem Hintergrund des hohen Personalmangels in den Tageseinrichtungen für Kinder im Bereich der Ganztagesbetreuung beim städtischen Träger, der evangelischen

und katholischen Kirche sowie potentiell weiteren Trägern waren wir gezwungen, eine trägerübergreifende Reduktion der Öffnungs- und Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen für Kinder auf 41,5 Wochenstunden zu beschließen. Daraus resultiert eine trägerübergreifende Verkürzung der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten am Nachmittag ab dem 1.9.2024 um mindestens 30 Minuten und bis zu einer Stunde je nach Lage der Öffnungszeit in den einzelnen Einrichtungen. Diese Regelungen traten zum KiTa-Jahr 2024/25 in Kraft und gelten zunächst befristet für bis zu 3 Jahre.

Uns ist bewusst, dass die reduzierten Öffnungszeiten Eltern vor neue Herausforderungen stellen. **Aufgrund des trägerübergreifenden prekären Fachkräftemangels in Kindertageseinrichtungen wurden daher Modelle für kurzfristige alternative Lösungen zur Deckung der verkürzten Öffnungs- und Betreuungszeiten geschaffen.** Diese unterliegen mit weniger als 10 Wochenstunden nicht der Betriebserlaubnispflicht und sind hinsichtlich der Räumlichkeiten und des Personals nicht rechtlich reglementiert. Die Inhalte der niedrighschwelligigen Betreuungsformen sind nicht konzeptionell festgehalten, können sich aber an den erprobten Betreuungsangeboten der Kindertageseinrichtungen anlehnen. Abhängig von der Konkretisierung der Bedarfssituation der Eltern einerseits und der Entwicklung des Fachkräftemangels andererseits wird die Weiterführung der ergänzenden Betreuungsangebote situativ auf Basis der Auswertungen bewertet, weiterentwickelt und angepasst. Ein erstes Angebot wurde Anfang September in einer städtischen Kita gestartet, weitere werden Stück für Stück hinzukommen. Dafür bedarf es Ehrenamtlicher, die die Betreuung übernehmen. Die Stadt realisiert zu deren Gewinnung eine Werbekampagne.

Auch die bevorzugte Vergabe von Betreuungsplätzen an Kinder von pädagogischen Fachkräften erweist sich zunehmend als erfolgreich: Rund 90 pädagogische Fachkräfte haben seit der Einführung von diesem Vergabekriterium profitiert und konnten dadurch wieder ihren Dienst in den Kinderhäusern aufnehmen.

Die im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachte Steigerung der ohnehin bereits hohen Ausbildungsquote um 20% konnte durch die Qualifizierung von Quereinsteigenden im Rahmen des Direkteinstiegs Kita in diesem Jahr erfolgreich ausgebaut und verstetigt werden. Erneut wurden 35 Personen in diesen Ausbildungsgang vermittelt. Somit durchlaufen nunmehr 70 Beschäftigte sehr erfolgreich den Direkteinstieg Kita.

Ebenso erfreulich ist, dass es in diesem Jahr möglich war, die Kapazitäten an Betreuungsplätzen weiter zu erhöhen. Mitte des Jahres hat im Stadtteil Friedrichsfeld die erste städtische Tageseinrichtung ihren Betrieb aufgenommen. Auch in den kommenden Jahren schreitet der Kita-Ausbau voran.

Der hohe Bedarf an fachlich qualifizierter Kinderbetreuung sowie die prekäre Personalmangellage machen es notwendig, neue Wege der Personalgewinnung und –bindung zu gehen. Neben dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten und den intensiven Anstrengungen im Bereich des bundesweiten Recruitings, wurde das Maßnahmenpektrum um die Personalakquise aus dem europäischen Ausland erweitert. In Zusammenarbeit mit einem Personaldienstleister werden derzeit pädagogische Fachkräfte in Spanien für eine langfristige Tätigkeit bei der Stadt Mannheim gewonnen. Bereits im November 2024 werden die ersten zehn Fachkräfte aus Spanien in Mannheim ankommen und die Tätigkeit in einer städtischen Tageseinrichtung aufnehmen. Im April 2025 folgen weitere zehn Fachkräfte. Eine vorerst letzte Tranche von 10 Fachkräften ist für November 2025 vorgesehen.

Ein weiterer Meilenstein ist die erfolgreiche Ausweitung der Familien-Kitas auf weitere fünf Standorte. Nach einer Ausdifferenzierung und Konkretisierung der Auswahlkriterien wurden unter Einbezug des Gemeinderats im April 2024 die Standorte der fünf neuen Familien-Kitas beschlossen. Ab dem neuen Kita-Jahr 2024/2025 sind dies die Familien-Kitas Oberer Ried mit EIKiZ (Käfertal), Luzenberg mit EIKiZ, Herzogenried, Elfenstraße mit EIKiZ (Neckarstadt-West) und K2 mit EIKiZ (Innenstadt).

6.2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Antisemitismusprävention

Der Anschlag der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023 und die daraus resultierenden weltweiten Spannungen fordern auch unsere Stadt und ihre vielfältige Stadtgesellschaft heraus. Die in Mannheim mittlerweile regelmäßig stattfindenden pro-palästinensischen Demonstrationen schaden nicht nur dem Einzelhandelsstandort Mannheim und gefährden damit Arbeitsplätze. Schwerer noch wiegen die Verunglimpfungen unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die regelmäßig von diesen Veranstaltungen ausgehen. Das Versammlungsrecht bietet uns leider keine Möglichkeiten, diese einzuschränken.

Auch das islamistisch motivierte Messerattentat auf einen jungen, weltoffenen Polizisten hat unsere Stadt tief erschüttert. Die Anteilnahme so vieler Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen ist aber auch ein Ausdruck dafür, dass die große Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger friedlich und tolerant zusammenleben möchte. Ich setze mich dafür ein, dass spätestens zum ersten Jahrestag des Anschlags ein Gedenkort für den ermordeten Polizisten in unserer Stadt realisiert sein wird.

Wir werden im Rahmen unseres Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einen deutlichen Fokus auf Antisemitismusprävention legen. Nachdem sich das Projekt „Junge Muslime engagiert für Demokratie“ (JUMED) als sehr erfolgreich herausgestellt hat, unterstützen wir den vom Träger (Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit) eingereichten Folgeantrag ausdrücklich, der die Antisemitismusprävention in den Mittelpunkt rückt. Der seitens der Stadt Mannheim beauftragte Dokumentationsfilm „T’kuMa“ (hebräisch: Auferstehung, Wiedergeburt) über den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinde in Mannheim nach 1945 steht ab diesem Schuljahr mit medienpädagogischen Begleitmaterialien für Mannheimer Schulen und Jugendverbände kostenfrei zur Verfügung.

Wichtig ist mir auch die Neukonzeption der Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Sandhofen. Diese stammt aus den 1990er Jahren und ist sowohl inhaltlich, als auch hinsichtlich der Barrierefreiheit nicht mehr zeitgemäß. Gemeinsames Ziel mit unseren Partnern muss es sein, die Gedenkstätte als authentischen Ort nationalsozialistischer Verbrechen inhaltlich, als auch in der Präsentation modern und würdig aufzustellen und sie als außerschulischen Lernort auszubauen.

6.3. Ehrenamtliches Engagement und Stadtteilorientierung

Beim Kultur- und Sportzentrum Wallstadt wird derzeit die Planung des Projekts mit den Beteiligten weiterentwickelt. **In 2026 soll mit dem Baubeginn für das Kultur- und Sportzentrum mit Freiwilliger Feuerwehr in Wallstadt ein wichtiger Meilenstein im Projekt erreicht werden.** Bis 2028 sind die erforderlichen Finanzmittel im Haushaltsplanentwurf eingestellt. Weitere 6,7 Mio. € sind Vorbelastungen für die nächste Haushaltsplanung. Die Planung für die Sportzentren in Sandhofen und Seckenheim werden wir mit den beteiligten Vereinen vorantreiben und dabei auch nach alternativen finanziellen Lösungen suchen.

In diesem Jahr haben wir die Stelle des Vereinsbeauftragten besetzt. Damit wird die Unterstützung von Vereinen und des Ehrenamts weiter gestärkt, nachdem bereits im letzten Jahr der Vereinsfonds etabliert wurde. Die Stadt Mannheim wertschätzt und unterstützt damit die wichtige Rolle des Ehrenamts für unsere Stadt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine weitere Erfolgsstory ist die Einführung des Mitwirk-O-Mats, der einsatzsuchende Menschen und Ehrenamtsangebote vernetzt. Die Quartiermanagerinnen und -manager mit ihren hoch engagierten Teams haben Netzwerke in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Generationenthemen aufgebaut und betreut. Es wurden Beteiligungsprozesse mitgestaltet, wie für den Rheinauer Mehrgenerationenspielplatz. Auch zahlreiche Stadtteilstefeste werden von den Quartiermanagement-Büros organisiert und tragen zum kulturellen Leben bei. Die Lichtmeile oder der Nachtwandel sind längst nicht mehr aus dem Veranstaltungskalender wegzudenken. Hierzu zählt für mich auch die Unterstützung der langen Nacht der Kunst und Genüsse. In den vier „LOS Stadtteilen“ Rheinau-Mitte, Jungbusch, Neckarstadt-West und Vogelstang leiten die Quartiermanagerinnen und -manager die Lenkungsgruppen transparent und effizient und bringen so in integrierter Sichtweise zentrale Projekte in den Quartieren voran.

6.4. Alternde Gesellschaft

Das Jahr 2025 wird in Mannheim im Zeichen der Bedarfe von Seniorinnen und Senioren stehen. Die Weiterentwicklung der offenen Altenhilfe hat für uns hohe Priorität. Dass im April 2025 der Deutsche Seniorentag in Mannheim stattfindet, ist in diesem Kontext sehr zu begrüßen. **Ein wesentlicher Kern des „Mannheimer Modells“ zum Ausbau ambulanter Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen ist die Neukonzeption der SeniorenTreffs als Begegnungs- und Beratungszentren. Als erster diesem Konzept entsprechender Treff wird der Standort Vogelstang derzeit umgebaut und im Laufe des Jahres 2025 eröffnet.** Gleichzeitig wird die Sanierung des SeniorenTreffs im Stadtteil Rheinau vorangetrieben und neue Standorte in der Innenstadt und der Neckarstadt-West identifiziert und eingerichtet werden.

7. Wohnen, Freizeit und Sport ermöglichen

7.1. Wohnraum schaffen

Die Schaffung von Wohnraum ist eine der Hauptaufgaben der Stadtentwicklung. Im letzten Jahrzehnt nahm die Bevölkerung der Stadt Mannheim insgesamt deutlich zu. Bis zum Jahr 2042 wird für die Gesamtstadt ein Bevölkerungswachstum von über 12.000 Personen prognostiziert. Dies unterstreicht zunächst einmal die Attraktivität der Stadt Mannheim, bedingt aber auch, dass die Nachfrage nach Wohnraum weiterhin hoch bleiben wird.

Ein dauerhafter strategischer Flächenerwerb ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Als ein Baustein wurde der Mannheimer Bodenfonds geschaffen. Er soll durch eine deutliche Verstärkung der städtischen Ankaufsaktivitäten kurz-, mittel- und langfristig die Verfügbarkeit potentieller Wohnbau- und Gewerbegrundstücke sicherstellen. Durch eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe wurde der Erwerb bzw. die Realisierung von über 80 Projekten geprüft, wovon rd. 50 Projekte zum Ankauf empfohlen wurden; beim überwiegenden Teil wurden Kaufangebote unterbreitet. Von Anfang 2022 bis Ende Juni 2024 erfolgten 15 Ankäufe zu einem Gesamtkaufpreis in Höhe von rd. 7,6 Mio. €. Derzeit wird verstärkt der Erwerb von bebauten, leerstehenden und von unbebauten, jedoch kurzfristig bebaubaren Objekten angestrebt.

Für die Stadt Mannheim ist die GBG auch in der Zukunft ein unverzichtbarer Partner bei der Schaffung von Wohnraum. Die durchschnittliche GBG-Miete für Wohnraum liegt mit 7,29 €/m² weiterhin deutlich unter dem aktuellen durchschnittlichen Mietspiegelwert von 8,48 €/m² in Mannheim, der zuletzt im Februar 2023 veröffentlicht wurde. Über 95% aller GBG-Wohnungen liegen unterhalb des durchschnittlichen Mietspiegelwertes. Die Gesellschaft dient mit ihren aktuell über 19.500 Wohnungen damit als wesentlicher Stabilisator für den Mannheimer Wohnungsmarkt. Im Kerngeschäft der GBG, der Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, werden die erwirtschafteten Erträge fast ausnahmslos in die Verbesserung und Bestandserhaltung der Wohnungen investiert. **Im Bereich der Bestandserneuerung durch Instandhaltung und Modernisierung werden so in den nächsten Jahren über 60 Mio. € p.a. investiert mit dem Ziel, moderne Wohnangebote mit bezahlbaren Mieten zu schaffen und mit der energetischen Sanierung einen Beitrag zur Energie- und CO₂-Einsparung zu leisten.** Hinzu kommen Investitionen in den Neubau, die sich in den nächsten

Jahren auf Beträge von 30 bis 45 Mio. € p.a. belaufen. Herausragende Projekte werden der Neubau von geförderten Wohnungen auf der Schönau und die Wohnbebauung auf Spinelli sein. Einen bedeutenden Anteil nehmen mittlerweile auch der Ankauf von Wohnungsbeständen ein. Dazu zählen Einzelankäufe in verschiedenen Stadtteilen, aber auch der Ankauf von bebauten Baufeldern auf Sullivan, der den Bestand an geförderten Wohnungen um rd. 350 WE erhöhen wird.

Auch künftig verfolgt die GBG die Zielsetzung, Mannheim durch die Schaffung eines breiten Angebots neuer, qualitätsvoller und innovativer sowie preisgünstiger Wohnungen als attraktiven Wohnstandort zu fördern und somit einer Abwanderung in Nachbargemeinden entgegenzuwirken.

Insgesamt beläuft sich das derzeitige Bauprogramm der GBG auf 1.283 Wohneinheiten (Fertigstellung bis 2030). Ziel ist, den GBG-Bestand auf über 20.000 Wohneinheiten zu erhöhen und damit einen relevanten Anteil am gesamten Mietmarkt in Mannheim zu sichern.

Kernaufgabe der MWSP ist die Entwicklung von Flächen und Projekten in Mannheim. Dabei wird sich die MWSP zukünftig nicht nur auf die Umwandlung der ehemals militärisch genutzten Flächen in Mannheim beschränken, sondern auch die Weiterentwicklung weiterer zu konvertierender Flächen in den Fokus nehmen. Ziel ist, die besondere Expertise und Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MWSP zu nutzen. Die MWSP soll künftig auch weitere Flächen für die Stadt nachhaltig und zukunftsorientiert entwickeln und ihre Kompetenz zum Wohle der Stadt einsetzen. Der Fokus für die Jahre 2025 und 2026 liegt zum einen auf der weiteren Entwicklung von FRANKLIN, hier insbesondere auf dem gewerblichen Teil Columbus sowie der restlichen Wohnbaugrundstücke und den weiteren Bauabschnitten auf SPINELLI im Bereich Käfertal-Süd. Hinzu kommt als erste nicht militärische Konversion die Verantwortung für die Entwicklung der ehemaligen Sportanlage Otto-Bauder in Seckenheim, auf der sowohl Wohnungen im Geschosswohnungsbau als auch Angebote im Bereich von Reihen- und Doppelhausbebauung geplant sind.

Das Bestreben der Stadt ist es auch, die ehemals gewerblich genutzte Fläche der Spiegelfabrik zwischen Luzenberg und dem Waldhof von der Eigentümerin zu erwerben. Der Kauf und die Entwicklung dieser städtebaulich und stadtesellschaftlich wichtigen Fläche durch die MWSP analog der militärischen Konversion ist deshalb ange-dacht.

Die BBS Bau- und Betriebsservice GmbH ist die Bildungsbau-Spezialistin der Stadt Mannheim innerhalb der GBG-Gruppe. Sie hat seit der Gründung sukzessive Bau, Betrieb und Bewirtschaftung für alle städtischen Schulliegenschaften übernommen. Außerdem baut, saniert und modernisiert die BBS im Auftrag der Stadt die allgemein- und berufsbildenden Schulen und trägt dazu bei, dass Bildung in Mannheim gut gelingt. Im Facility-Management betreut die BBS alle 72 Schulliegenschaften im Stadtgebiet Mannheim. Dies ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer effizienten Bewirtschaftung über den Lebenszyklusansatz Bau, Finanzierung und Betrieb aus einer Hand für die Stadt Mannheim eine wirtschaftlich vorteilhafte Entscheidung. Die Stadt Mannheim investiert über die BBS mehr als 40 Mio. € p.a. in die Bewirtschaftung der Schulen. Umfassende Umbauten, Anpassungen und Neubauten führt die BBS als Baubetreuung für die Stadt Mannheim durch. Das aktuelle Auftragsvolumen für laufende und künftige Projekte liegt bei ca. 253 Mio. €.

Die APH Altenpflegeheim GmbH betreibt 4 Altenpflegeheime mit rd. 400 Bewohnerinnen und Bewohnern, Angebote an Tages- und Kurzzeitpflege sowie ambulante Pflege. Dazu beschäftigt die APH rd. 480 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziele der APH sind, Versorgungsstrukturen zu etablieren, aber auch mit Vorsorgeleistungen in Abstimmung mit weiteren Leistungen der GBG-Gruppe ein längeres selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Dazu wird die APH gemeinsam mit der GBG ein neues Angebot des Servicewohnens entwickeln und anbieten. Und die APH wird sich weiter auf quartiersbezogene Angebote fokussieren, um wohnortnahe auszubauen.

7.2. Konversion und BUGA-Nachnutzung

2023 war ein prägendes Jahr für Mannheims Stadtentwicklung. Die Bundesgartenschau (BUGA) war nicht nur ein zentrales Großereignis mit überregionaler Reichweite, sie war insbesondere auch ein Meilenstein und die zentrale Zielmarke für die großen Stadtentwicklungsprojekte der letzten 25 Jahre. Neben den Investitionen von 150 Mio. € in die BUGA, flossen zusätzliche 45 Mio. € in den Luisenpark, um die Attraktivität des Parks zu erhöhen. Aktuell wird für ca. 3,4 Mio. € der 2. Sanierungsabschnitt des Pflanzenschauhauses umgesetzt. Mit dem Grünzug-Nordost konnte ein entscheidender Baustein der städtischen Freiraumstruktur erlebbar gemacht werden. Die Konversion hat in der BUGA ihren weithin sichtbaren Höhepunkt gefunden und zwar längst

nicht nur auf den Freiflächen der Gartenschau. So konnte der erste Bauabschnitt des neuen Spinelli-Quartiers entwickelt werden, der als nachhaltiges Modellquartier wegweisend ist. Auf der größten Konversionsfläche Franklin konnten bis 2024 auf 144 Hektar insgesamt neuer Wohnraum für mehr als 8.000 Menschen geschaffen werden, am Standort der ehemaligen Turley Baracks wohnten Ende 2023 schon über 1.000 Personen, am Standort Taylor arbeiteten bereits über 1.100 Menschen in ca. 80 dort ansässigen Unternehmen. Zugleich hat Mannheim im Rahmen der Konversion an Grün- und Freiräumen gewonnen, die nicht nur den Menschen, sondern auch der Stadtökologie und dem Stadtklima dienen: vom wiederhergestellten Grünzug Nordost (Spinelli), über den Taylorpark bis zu den Franklin Green Fields.

Es ist uns auch gelungen, das positive „BUGA-Gefühl“ aufzugreifen und fortzuführen. Nach intensiven Verhandlungen mit der höheren Naturschutzbehörde konnten wir Spinelli als Ort etablieren, der Ökologie und Freizeitnutzung in eine gute Balance bringt. Die Verwaltung hat für den Spinelli-Park eine Parkanlagensatzung erarbeitet, die dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Damit wird sichergestellt, dass das harmonische Miteinander von Mensch und Natur auf der Fläche dauerhaft erhalten bleibt.

Auch bei der U-Halle zeichnen sich sinnvolle Nutzungen in der Zukunft ab: Im Rahmen des „Spinelli-Festival“ wurde die U-Halle als Veranstaltungsstätte erprobt. Die Testphase, durchgeführt von next mannheim in Kooperation mit dem Kulturstadtrat, brachte wichtige Erkenntnisse für die zukünftige kulturelle Bespielung der U-Halle. Ob Konzert, Comedy, Kino oder Matinee, es gab Angebote für alle Generationen und die Besucherinnen und rd. 1.900 Besucherinnen und Besucher konnten noch einmal das BUGA-Feeling aufleben lassen. Während der Veranstaltungen fanden Messungen der Schallemissionen statt und es wurden unterschiedliche Finanzierungskonzepte erprobt, um später zukünftigen Veranstaltern von kulturellen Ereignissen in diesem Teil der U-Halle einen Leitfaden zur verträglichen Nutzung an die Hand geben zu können.

Dank großzügiger Unterstützung Mannheimer Unternehmen konnten dieses Jahr viele weitere Lapidarien in die U-Halle gebracht werden und das Lapidarium war zu ausgewählten Zeiten für die Öffentlichkeit zugänglich.

Die Gastronomie ist eine wichtige Säule im Rahmen der angestrebten Nutzung der U-Halle. Der Gastronom arbeitet eng mit der Stadt Mannheim zusammen. Auch hier gelingt es immer besser, das Bedürfnis der Anwohnenden nach Ruhe und den von der Stadt erwünschten wirtschaftlichen Erfolg des Gastronomen in Einklang zu bringen.

Ab dem kommenden Jahr wird zudem der Local Green Deal Ausstellungen und Aktivitäten in der U-Halle realisieren.

7.3. Carl-Benz-Stadion

Aktuell wird das Carl-Benz-Stadion mit Investitionen in Höhe von 7 Mio. € für den Spielbetrieb in der 3. Liga ertüchtigt. Dazu zählen die Ausleuchtung des Spielfeldes wird den neuen Richtlinien des Deutschen Fußballbundes angepasst. Den Anforderungen hinsichtlich Inklusion und Barrierefreiheit wird durch eine neue Positionierung der Rollstuhlfahrenden einschließlich entsprechender Sanitäreinrichtungen Rechnung getragen. **Zur Frage der Zukunft des Carl-Benz-Stadions hat die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie beauftragt, die aufzeigen soll, ob der Erhalt des bisherigen Stadions oder ein Neubau wirtschaftlicher ist. Diese Fragestellung bearbeitet zudem eine Arbeitsgruppe der Stadt Mannheim, der – erstmals – auch der betroffene Verein selbst angehört.**

7.4. Grundsteuerreform

Mit der Grundsteuerreform war die politische Zusage verbunden, dass diese aufkommensneutral erfolgen soll. **Zu dieser Zusage stehen wir als Stadt Mannheim.** Dies bedeutet, dass die Stadt Mannheim die auf Basis des zum Stand 31.12.2024 (inkl. bis dahin vorgenommener Bautätigkeit) nach alter Rechtslage zu realisierenden Grundsteuererträge auch im Haushaltsjahr 2025 nach neuer Rechtslage erzielt. Im Haushaltsplan sind daher 75,0 Mio. € in 2025 und 2026 etatisiert.

Es wird jedoch Belastungsverschiebungen zwischen Grundstücken, Grundstücksarten und Lagen geben. Das heißt: Es wird Grundstücke geben, für die ab dem Jahr 2025 deutlich mehr Grundsteuer als bisher zu bezahlen ist, und Grundstücke, für die deutlich weniger als bisher zu bezahlen ist. Dies ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die zwangsläufige Folge der Reform, an die die Stadt Mannheim gebunden ist.

8. Eine leistungsfähige und innovative Verwaltung

8.1. Digitalisierung

Zur Finanzierung von wichtigen Digitalisierungsvorhaben werden wir künftig verstärkt die Mittel nutzen, die durch die Kommission für Informationsverarbeitung (KIV) bewirtschaftet werden. Für das Haushaltsjahr 2025 sind dies rund 1,8 Mio. €.

Die Online-Plattform **Virtuelles Bauamt** zur digitalen Antragsstellung von Bauanträgen haben wir erfolgreich eingeführt. Durch den damit verbundenen Umstieg auf eine digitale Bauakte konnte die Service-Qualität der Baurechtsbehörde deutlich gesteigert werden. Dies war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer serviceorientierten Verwaltung. Auch die Umstellung auf einen rechtssicheren, digitalen Übermittlungsprozess der Baugenehmigung mithilfe von qualifizierten elektronischen Siegeln wird voraussichtlich noch in diesem Jahr abgeschlossen. Damit haben wir ein weiteres, bedeutendes Digitalisierungsvorhaben erfolgreich implementiert.

Dank unserer **Virtuellen Bürgerdienste** können darüber hinaus verschiedene Verwaltungsleistungen von der An- und Abmeldung bis zur Beantragung eines Schwerbehindertenparkausweis sowohl von zu Hause, aus als auch unterwegs mit dem Smartphone beantragt und abschließend erledigt werden. Durch eine Video-Konferenz wird eine zeitsparende Abwicklung ermöglicht. Dieser Service erleichtert den Alltag der Bürgerinnen und Bürger erheblich und unterstützt sie dabei, Zeit und Aufwand für Behördengänge zu sparen.

Das **elektronische Personenstandsregister** wird die Arbeitsweise unseres Standesamts grundlegend positiv verändern. Die manuelle Erfassung und Verarbeitung von Personenstandsdaten erfordert viel Zeit und Aufwand. Mit elektronischen Registern können Daten genau erfasst, abgerufen und verarbeitet werden, was die Effizienz und Schnelligkeit der Prozesse erheblich steigert. Elektronische Register ermöglichen es den Mitarbeitern des Standesamts, jederzeit und von jedem Ort aus auf die benötigten Daten zuzugreifen. Das beschleunigt nicht nur interne Prozesse, sondern verbessert auch die Reaktionszeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und ist Voraussetzung für digitale Anwendungen.

Die Potentiale von KI (**Künstlicher Intelligenz**) analysieren wir sorgfältig und wollen wir nutzen. Der Fachbereich Informationstechnologie hat eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe zum KI-Kompetenzaufbau etabliert. Neben verwaltungsinternen Maßnahmen, wie einem Leitfaden zur Nutzung von ChatGPT und KI, werden konkrete

KI-Lösungen wie Bürgerchatbots sondiert und pilotiert. Eine umfangreiche Markterkundung für Chatbots wurde erfolgreich durchgeführt. Dabei wurden Produkte zur Kommunikation mit der Bürgerschaft sowie Alternativen zu ChatGPT für den verwaltungsinternen Einsatz evaluiert, die dem Datenschutz und der Informationssicherheit entsprechen. Eine stadtweite Einführungen ist bereits ab 2025 vorgesehen.

Wir werden im kommenden Jahr auch das das kostenfreien **Bürger-WLAN** erweitern. Mit Blick auf wirtschaftliche Aspekte soll die Erweiterung in Kooperation mit den Gesellschaften innerhalb der MKB erfolgen, um die vorhandene Infrastruktur (Planetarium, Rosengarten, Parkhäuser usw.) nutzen zu können.

Viele Infrastrukturmaßnahmen bedingen temporäre Verkehrsbeeinträchtigungen. Deshalb hat sich die Verwaltung auf den Weg gemacht, ein **digitalisiertes Baustellenmanagement** zu entwickeln. Bis Ende des Jahres können Verkehrsteilnehmende in Echtzeit sehen, an welchen Stellen die Stadt selbst für eine funktionierende Infrastruktur sorgt und wo auch Baustellen durch Dritte den Verkehrsfluss beeinträchtigen können. Eine solche Plattform ist gerade auch wegen der vielfältigen Leitungsarbeiten infolge der Wärmewende oder durch den Glasfasernetzausbau ein Gewinn.

Das Projekt „Umstellung des Finanzwesens auf S/4HANA“ wurde zum 2. Quartal gestartet und soll bis 31.12.2026 abgeschlossen sein. Mit dem Projekt stellen wir das Finanz- und Steuerwesen dauerhaft auf eine moderne Grundlage, die künftigen Anforderungen an eine digitalisierte und prozessoptimierte Bearbeitung gewachsen ist.

8.2. Personalgewinnung

Die Gewinnung von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine zentrale Aufgabe, die in Zeiten des Fachkräftemangels zugleich schwieriger wird. Mit der neuen Arbeitgebermarke „Mannheim: MAch‘ den Unterschied“ treten wir seit 2024 erstmals einheitlich und attraktiv nach außen auf. Mit Marketingaktivitäten zwischen April und Juni 2024 erreichte die Stadt Mannheim doppelt so viele Bewerbungen im Vergleich zum Vorjahr und steigerte die Bewerbendenzahlen bei schwer zu besetzenden Positionen um bis zu 40%. Dieses Ergebnis nach so kurzer Zeit unterstreicht die Bedeutung des Arbeitgebermarketings in der Personalgewinnung.

Mit Maßnahmen, wie der Re-Auditierung „beruf und familie“ werden wir weiterhin an der Gleichstellung von Frauen arbeiten. Die Fokussierung auf das Thema

Erwerbstätigkeit und Gleichstellung macht die Stadt Mannheim noch attraktiver als Arbeitgeberin, nicht zuletzt bei weiblichen Führungskräften.

8.3. Internationales

Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit werden wir unsere Projektzusammenarbeit mit den Partnerstädten Czernowitz und Chişinău im Bereich der Krisenunterstützung und der nachhaltigen Stadtentwicklung fortsetzen. **Wir werden verstärkt Projekten der Demokratieförderung und Bildungsarbeit initiieren und unterstützen, zum Beispiel im Rahmen des Austauschs mit Toulon unter Einbeziehung des Gemeinderates, der Jugend und der Zivilgesellschaft. Auch den wirtschaftlichen Austausch mit den Partnerstädten werden wir verstärken.**

Die REM arbeiten intensiv an der Aufarbeitung kolonialer Kontexte und der Provenienzforschung zur Sammlung Weltkulturen. Dabei beteiligt sich das Museum aktiv an den internationalen Beziehungen der Stadt Mannheim. Ein Paradebeispiel ist die Kooperation mit der Stadt Windhoek in Namibia. Diese umfasst ein vom Bund gefördertes Projekt zur Museumskooperation, das die Sichtbarkeit des Stadtmuseums Windhoek verbessern soll. Die Ausstellung mit namibischen Fotokünstlern wird nach der ersten Station in Mannheim 2026 auch in Windhoek präsentiert werden.

9. Abschluss und Dank

Je enger die finanziellen Spielräume werden, desto anspruchsvoller ist die Aufstellung eines Haushaltsplans. Mein besonderer Dank gilt daher allen, die an dem vorliegenden Entwurf mitgewirkt haben. Besonderer Dank gebührt Herrn Bürgermeister Dr. Proffen als Finanzdezernent, aber auch der Ersten Bürgermeisterin sowie den Bürgermeisterkollegen. Gemeinsam haben wir den vorliegenden Haushaltsplanentwurf in schwierigen, aber konstruktiven Gesprächen entwickelt. Danken möchte ich auch dem Leiter des Fachbereichs Finanzen, Steuern, Beteiligungscontrolling und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie all unseren Partnern in den Gesellschaften der Stadt Mannheim. Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeitenden im OB-Büro, die sich in besonderer Weise um die Anfertigung der vorliegenden Rede, der Präsentationen und Tabellen verdient gemacht haben.

Obgleich wir diesen Haushalt in stürmischen Zeiten aufstellen, können wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Wir haben nach wie vor ein großes Investitionspotential, das wir nun aber klug und nachhaltig priorisieren müssen. Gemeinsam kann uns dies gelingen – davon bin ich überzeugt!

Lassen Sie uns die vor uns liegenden Beratungen in diesem Sinne zum Wohle unserer Stadt, ihrer Menschen, Institutionen und Unternehmen gestalten. Ich danke Ihnen hierfür sehr herzlich!

Stadt Mannheim
Der Oberbürgermeister
Rathaus E 5 | 68159 Mannheim
Tel. +49 (0) 621 / 293 0
Fax +49 (0) 621 / 293 9532
www.mannheim.de



Foto: © BBS Bau- und Betriebsservice GmbH („Ausbau-Schillerschule“)